

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 45.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 9. November 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Sei fest!

Menschenkind, o Menschenkind,
Dreh dich nicht nach jedem Wind!
Klar das Auge, fähig den Mut,
Warm das Herz und kühl das Blut
Mußt du durch das Leben schreiten;
Mußt du ringen, mußt du streiten
Bis ins Land der Ewigkeiten,
Wo die strenge Arbeit ruht.

Zur Aenderung der Unterstützungs-einrichtungen unseres Verbandes.

II.

In dem Artikel der vorigen Nummer sind die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes von der grundsätzlichen Seite gewürdigt worden. Heute soll es darauf ankommen, die in Elberfeld beschlossenen Aenderungen näher zu erläutern.

Die Reiseunterstützung

hat in der Höhe der Unterstützungssätze keine Aenderung erfahren. Jedoch hat der Zentralvorstand das Recht erhalten, in besonderen Fällen die Unterstützung zu verweigern. Es sind darunter besonders jene Fälle gedacht, wo ein Mitglied ins Ausland wandert, vorher seine Unterstützung bezieht und dann weder in unserem noch im ausländischen Bruderverbande wieder etwas von sich hören läßt. Auch bezüglich der Wartezeit ist eine Aenderung vorgenommen worden, indem diese vom 1. Januar 1913 ab nicht mehr 52 Wochen, sondern 104 Wochen beträgt. Da diese 104 wöchentliche Wartezeit auch für die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung beschlossen worden ist und hierüber noch vielfach Unklarheit besteht, wollen wir sie möglichst ausführlich klarstellen. Zunächst sei darauf hingewiesen, daß die erstmalige Wartezeit für neu beitretende Mitglieder nach wie vor 52 vollgültige Beiträge beträgt. Auch in Zukunft ist jedes neu beitretende Mitglied nach Leistung von 52 vollen Wochenbeiträgen unterstützungsberechtigt.

Die 104 wöchentliche Wartezeit kommt erst dann in Betracht, wenn eine Unterstützung bezogen wurde, wie folgendes Beispiel zeigen wird.

Ein Kollege hat Anspruch auf 20 M. Reiseunterstützung. Er bezieht hiervon nun 8 M. Dann zahlt er wieder 40 Beitragsmarken ein und bezieht weitere 5 M. Reiseunterstützung. Er hat nun bereits 13 M. Unterstützung erhalten und kann noch 7 M. beanspruchen. Nach Leistung von weiteren 18 Wochenbeiträgen bezieht er 3 M. Reiseunterstützung, so daß er nun noch 4 M. als Restbetrag in Anspruch nehmen kann. Im Anschluß an die dritte Unterstützung zahlt er 47 Wochenbeiträge und will dann wieder Reisegeld beziehen. Wie hoch stellt sich nun der Anspruch? Derselbe beträgt jetzt nicht nur noch den Restbetrag von 4 M., sondern erhöht sich auf 12 M., wie folgende Rechnung ergibt. Von der ersten bis zur zweiten Unterstützung sind 40 Beiträge, von der zweiten bis zur dritten 18 Beiträge und von der dritten bis zur vierten Unterstützung 47 Beiträge, insgesamt also seit der ersten Unterstützung 105 Beiträge geleistet. Da für die Wartezeit jedoch nur 104 Wochenbeiträge in Anrechnung kommen, so wird die erste Unterstützung im Betrage von 8 M. nicht mehr angerechnet. Für die zweite und dritte Unterstützung hat er zusammen 8 M. erhalten und mithin verbleiben für die vierte Unterstützung noch 12 M.

Aus diesem Beispiel ergibt sich, daß die zwischen den einzelnen Unterstützungen gezahlten Beiträge fortlaufend mit angerechnet werden, wodurch die volle zusammenhängende Wartezeit nur in wenigen Fällen in Betracht kommt.

Dieses ist nur dann der Fall, wenn die volle Unterstützung auf einmal oder in ganz kurz aufeinanderfolgenden Fällen bezogen wird.

Genau dieselbe Aufrechnung erfolgt auch bei der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung bezüglich der 104 wöchentlichen Wartezeit.

Bei der

Krankenunterstützung

ist eine Aenderung insofern eingetreten, als bei lang andauernden Krankheiten nicht mehr wie bisher für 26 Wochen, sondern für ein volles Jahr, vom Beginn der Krankheit an, Krankenmarken verwendet werden. Nach Ablauf der 52. Krankwoche ist das Mitglied auch bei weiterer Arbeitsunfähigkeit verpflichtet, sich eine Invalidenkarte ausstellen zu lassen und durch Entrichtung von Monatsbeiträgen à 30 Pfg. sich das Anrecht auf die geleisteten vollen Beiträge bzw. auf das Sterbegeld zu sichern. Eine Unterlassung zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Bezüglich der

Arbeitslosenunterstützung

treten folgende Aenderungen in Kraft:

Die Wartezeit ist für alle Arten von Arbeitslosigkeit einheitlich auf drei Tage festgesetzt. Die Aufrechnung der einzelnen Arbeitslosen- bzw. Wartetage für eine Dauer von vier Wochen findet nur dann statt, wenn die Wartezeit an drei aufeinanderfolgenden Arbeitslosentagen bestanden ist. Die auf diese Wartezeit folgenden einzelnen Wartetage können für die Dauer von vier Wochen, beginnend mit dem ersten Wartetage, in Anrechnung gebracht werden. Eine unterstützungsberechtigte Arbeitslosigkeit ist somit nur dann vorhanden, wenn die Wartezeit ununterbrochen an drei aufeinanderfolgenden Arbeitslosentagen bestanden wird. Außerdem darf die Unterstützung auch dann sich nur auf die Dauer von vier Wochen erstrecken. Nach Ablauf einer vierwöchentlichen Unterstützung kommt für eine weitere Arbeitslosenunterstützung auch die ununterbrochene dreitägige Wartezeit wieder in Geltung. Ebenso muß auch für jede vierwöchentliche Unterstützungsperiode eine Anmeldung erfolgen und sind hierbei die ersten drei Arbeitslosentage mit zu vermerken.

Arbeitslosigkeit infolge Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis ist an die vierwöchentliche Frist nicht gebunden.

Die Aufrechnung der einzelnen Wartetage ist nach den neuen Bestimmungen insofern eingeschränkt worden, als diese an eine vorhergehende ununterbrochene Wartezeit von drei Tagen gebunden ist.

Alle übrigen einzelne oder auch zwei aufeinanderfolgende Wartetage kommen nicht mehr in Anrechnung.

Die

Sterbeunterstützung

kommt in Zukunft nur dann zur Auszahlung, wenn mindestens 156 volle Wochenbeiträge geleistet sind.

Die Auszahlung des Sterbegeldes von 20 M. nach Leistung von 52 Wochenbeiträgen ist in Wegfall gekommen. Auch sind die einzelnen Unterstützungsätze gleichmäßiger geordnet worden.

Entsprechend den Beschlüssen über die Sterbeunterstützung kann auch die

Anfallunterstützung

nur dann gewährt werden, wenn mindestens 156 volle Wochenbeiträge vor dem Todesfalle geleistet sind.

Für solche Mitglieder, welche nur einen Monatsbeitrag von 30 Pfg. zahlen, kommt auch bei einem tödlichen Unfälle nicht die Unfall-, sondern nur die jagungsgemäße Sterbeunterstützung zur Auszahlung.

Hinterläßt ein durch Unfall zu Tode gekommenes Mitglied keine Hinterbliebenen oder sonstigen An-

gehörigen, für deren Unterhalt er sorgen mußte, so entscheidet in jedem einzelnen Falle der Zentralvorstand, ob die Unterstützung ausgezahlt und an wen die Auszahlung geschieht.

Die Neugestaltung der Kranken- und Sterbeunterstützung bedingt auch eine Aenderung bezüglich der Zahlung der Monatsbeiträge.

Invalide, sowie Ehefrauen, welche infolge Heirat die Fabrikarbeit aufgeben und noch keine 156 volle Wochenbeiträge geleistet haben, können zur Aufrechterhaltung ihrer Mitgliedschaft für die evtl. später wieder aufzunehmende Arbeit auch beantragen, Monatsbeiträge zu zahlen.

Auf Sterbegeld kann in solchen Fällen jedoch kein Anspruch erhoben werden, weil bei der Ausstellung der Invalidenkarte noch keine 156 volle Wochenbeiträge geleistet waren. Die Zahlung von Monatsbeiträgen hat in solchen Fällen nur allein den Zweck, das Anrecht auf die geleisteten vollen Wochenbeiträge aufrecht zu erhalten.

Nur für solche Mitglieder, welche vor Ausstellung der Invalidenkarte 156 und mehr Beiträge gezahlt haben, kann im Todesfalle Anspruch auf Sterbegeld erhoben werden.

Den Ortsgruppen ist es des weiteren anheimgegeben, den invaliden Mitgliedern auch fernerhin das Organ zuzustellen. Eine Verpflichtung hierzu besteht jedoch nicht mehr.

Alles in allem sind die getroffenen Aenderungen jedenfalls nicht so schwerwiegender Natur, als vielfach angenommen wird. Sie waren aber im Interesse des Verbandes unbedingt notwendig.

Der „Verband deutscher Krankenkassen“.

Man schreibt uns: Die Gründung des „Verbandes deutscher Krankenkassen“ fand, wie bereits bekannt, am 29. Sept. in Köln statt. Die dem deutsch-nationalen Arbeiterkongreß angeschlossenen Organisationen, wie der Gesamtverband evangelischer und der Kartellverband katholischer Arbeitervereine, sowie der deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband und der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, hatten die Gründung vorbereitet. An der Gründung beteiligten sich außerdem aktiv auch die deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder).

Zu der I. Konferenz nationaler Krankenkassen-Vertreter, in der die Gründung einstimmig vollzogen wurde, waren circa 39 Krankenkassen, von deren Vertretern man wußte, daß sie nicht zur Sozialdemokratie gehören, eingeladen. Erschienen waren über 100 nichtsozialdemokratische Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter und Kandidaten, die 44 Krankenkassen vertraten. Weiter nahmen an der Gründungskonferenz auch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien, sowie zwei Reichstagsabgeordnete (Behrens und Becker) teil. Der Vorsitzende der nationalliberalen Reichstagsfraktion, Herr Rechtsanwalt Ernst Basser mann, sowie die Reichs- und Landtagsabgeordnete Herr Justizrat Trimborn von der Zentrumspartei und Herr Abgeordneter und Stadtrat Fischbeck von der Fortschrittlichen Volkspartei sandten zustimmende, teils warm gehaltene Schreiben und ließen sich vertreten. Herr Prof. Dr. v. Moldenhauer als Vertreter der nationalliberalen Partei der Rheinprovinz und Herr Generalsekretär Dr. Jörg von der rheinischen Zentrumspartei begrüßten die Gründung des neuen Verbandes der deutschen Krankenkassen auf nationaler Grundlage als eine Notwendigkeit; ebenso taten dieses die Abgeordneten Franz Behrens und Johannes Becker. Auch die Hirsch-Dunderschen Führer, die Herren Schumacher und Lewin, ebenso der nationalliberale Generalsekretär Herr Peter-Cöln, drückten ihre freudige Zustimmung zu der Gründung aus.

Die Konferenz verlief äußerst anregend und für die Krankenkassen fruchtbringend. Mit Recht führte der Referent auf der bedeutsamen Tagung an, daß die bisherige Organisation eines Teiles der Krankenkassen, die sich dem fast völlig von der Sozialdemokratie beherrschten „Hauptverband der deutschen Krankenkassen“ angeschlossen haben, unmöglich befriedigen könne. Die national gesinnten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in den Krankenkassen haben eine ganz andere Vorstellung von dem Sinne und Zwecke der sozialen Gesetzgebung. Die Sozialdemokraten stellen Forderungen auch auf sozialem Gebiet, die keine nationale Partei stellen kann. Die bürgerlichen Parteien aber treiben Sozialpolitik, um den Kranken, Invaliden, Verunglückten und Hinterbliebenen des Angestellten- und Arbeiterstandes schon im Gegenwartskampf praktisch zu helfen und beizustehen.

Der „Hauptverband der deutschen Krankenkassen“, dem der bekannte sozialdemokratische sächsische Landtagsabgeordnete Julius Fräßdorf-Dresden vorsteht, hat sich noch kurz vor der Annahme der neuen Reichsversicherungsordnung auf den sozialdemokratischen Standpunkt der Alles- oder Nichts-Politik gestellt. Auf dem von ihm am 30. April 1911 einberufenen Krankenkassenkongress in Berlin wurde die Reichsversicherungsordnung glatt abgelehnt. Glücklicherweise erhoben aber die bürgerlichen Parteien in seltener Einmütigkeit die Reichsversicherungsordnung zum Gesetz, und damit wurden die agitatorischen Pläne des „Hauptverbandes“ vereitelt. Daß sich noch immer eine Anzahl von bürgerlichen und nationalen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern in dem von der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie beherrschten „Hauptverband der deutschen Krankenkassen“ belagert, hat teils seinen Grund darin, daß eben nichts anderes bestand, wie dies auf der Kölner Konferenz auch zum Ausdruck gebracht wurde.

Es waren dort eine Anzahl Klassen vertreten, welche noch dem Fräßdorfschen „Hauptverband“ angehörten, die aber sofort ihren Beitritt zum nationalen Verband deutscher Krankenkassen erklärten. In ganzen sind dem neuen Verbande zugleich 47 Krankenkassen mit weit über 200000 Mitgliedern beigetreten. Der Beitrag wurde auf einen Pfennig pro Mitglied und Jahr festgesetzt, jedoch beträgt der Mindestbeitrag einer Klasse 10 Mark für ein Jahr. Der Verband deutscher Krankenkassen hat sich u. a. zur Aufgabe gestellt: Den angeschlossenen Krankenkassen durch Auslastung und Vertretung in allen Fragen der Versicherungs-Gesetzgebung zur Seite zu stehen. Auch will und muß er seine Unterstützung leisten beim Abschluß von Verträgen aller Art. Behilflich will er sein bei der Abfassung von Musterstatuten und Dienstordnungen. Ferner will er durch die Mithilfe aller nationalen Parteien Einfluß bei den Behörden und der Regierung, sowie beim Parlament erringen, um die Interessen und Wünsche der Klassen wirkungsvoll zu vertreten. Die Herausgabe einer, im Sinne einer gesunden und realisierbaren Sozialpolitik geleiteten Krankenkassen-Zeitung und sonstiger Schriften, sowie die Abhaltung von Kursen für Kassenbeamte ist ein weiteres Feld seiner Tätigkeit. Der völlige Ausbau des Krankenkassenwesens nach der Reichsversicherungsordnung wird sich der Verband angelegen sein lassen, ebenso die Förderung von Genesungsheimen und Heilstätten. Der Frage der Krankenüberwachung wird er ebenfalls seine Aufmerksamkeit schenken und durch Veranstaltung von großen Krankenkassentagungen freimütig Stellung zu den jeweiligen schwebenden und einschlägigen Fragen nehmen. Gemeinschaftlich mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, die beide entsprechend im Vorstände berücksichtigt werden, soll und wird der neue Verband an seine Aufgaben herangehen. Politische und gewerkschaftliche Interessen sollen mit dem Verband nicht verfolgt werden. Es soll vielmehr eine Stelle geschaffen werden, wo sämtliche bürgerlichen Parteien und Richtungen auf dem Gebiete der Krankenkassen im ehrlichen Wettbewerb gemeinsam wirken, und wo die Vertreter derselben sich jederzeit sachverständigen Rat holen können.

Mit den bestehenden Einzelverbänden soll ein freundschaftliches Verhältnis angebahnt werden. In den Fällen, wo die Forderungen und Ansprüche der Ärzte und Apotheker-Organisationen nicht in den tatsächlichen Verhältnissen begründet sind, werden sie natürlich einer geschlossenen Phalanx aller organisierten Krankenkassen begegnen.

Der verheißungsvolle Anfang zu einer wirkungsvollen Vertretung nach sachgemäßer Beratung der Krankenkassen ist nunmehr gemacht. Mögen nun aber auch recht bald die von national-gesinnten Männern geleiteten Klassen sich dem „Verband deutscher Krankenkassen“ anschließen.

Die vorläufige Geschäftsstelle des nationalen Verbandes deutscher Krankenkassen befindet sich in Köln, Eintrachtstraße 147.

Die Fleischsteuerung vor dem Par-lamente.

Auf Veranlassung von Anfragen der Parteien bildete die Fleischsteuerung den Gegenstand längerer Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses. Im allgemeinen kann die gewerbliche Arbeiterschaft mit den Verhandlungen zufrieden sein, wenn sie dabei namentlich von jenem Punkte absteht, der die Einführung von überseeischem Gefrierfleisch betrifft. Eine besonders erfreuliche Tatsache konnte Kollege Giesberts in seiner längeren Rede zum Schluß der Beratungen feststellen, nämlich, „daß das parteipolitische Moment in den Hintergrund trat und man sich allgemein der Wichtigkeit der Sache bewußt war“. Die Sozialdemokratie muß davon ausgenommen werden, weil deren Vertreter die Gelegenheit wahrnahmen, eine radikale Agitationsrede zu halten.

Von allen Rednern wurde bedauert, daß die Regierung mit ihren Maßnahmen so spät kam. Und als der Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg das Wort nahm, ging er denn auch auf diesen Vorwurf mit keiner Silbe ein, wohl deshalb nicht, weil ihm mit stichhaltigen Gründen nicht beizukommen ist. Aus der Rede des Ministers ging hervor, daß zahlreiche größere Gemeinden die von der Regierung dargebotene Hand ergriffen haben und mit großem Erfolge durch Verkauf ausländischen Fleisches, sei es durch die Verwaltung selbst oder sei es durch die Metzger unter Preiskontrolle der Stadt, der Teuerung entgegengetreten. Die städtischen Verkaufspreise halten sich im einzelnen bis zu 40 Pfg. das Pfund unter den allgemeinen Marktpreisen. Das ist ein recht gutes Ergebnis, das auch insofern günstige Folgen nach sich zog, als aus mehreren Städten ein Herabgehen der allgemeinen Fleischpreise gemeldet wird. Ein Beweis dafür, daß die Metzger das Fleisch billiger verkaufen können. Die städtischen Verkaufspreise dürften sich noch um etwas verbilligen, wenn die von der Regierung vorgesehene teilweise Zollrückvergütung (ungefähr die Hälfte des Zolls) vom Reichstage genehmigt sein wird.

Ferner machte der Ministerpräsident Mitteilung davon, daß zur Untersuchung der Ursachen der Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen und der Preischwankungen auf dem Viehmarkt demnächst eine Kommission aus den Kreisen der Beteiligten im Reichsamt des Innern zusammentreten werde. Wir dürfen wohl annehmen, daß die Arbeiten der Kommission nicht auf die vom Minister genannten Punkte beschränkt bleiben. Wir schließen uns dem Wunsche des Kollegen Giesberts an, daß der Kommission auch die Aufgabe zugewiesen werden möchte, die Produktionsmöglichkeiten in Deutschland und ihre Voraussetzungen zu untersuchen und nach Möglichkeit die Produktionskosten zu ermitteln; vor allem auch müßte sie tagen unter dem Gesichtspunkte: „Wie können wir die Lebensmittelversorgung Deutschlands sicher stellen?“ Wir möchten noch hinzufügen, daß die Kommission auch die Gewinnerträge namentlich der großbäuerlichen und großen Gutsbesitzungen zu ermitteln suchen sollte, da sie im allgemeinen noch ganz im Dunkeln liegen. Die weitere Anregung Giesberts, daß zu der Kommission auch Parlamentarier und auch Sozialdemokraten hinzugezogen werden möchten, halten wir auch für sehr glücklich. Wir glauben, daß den Genossen am ehesten der große Mund geklopft werden kann, wenn ihre Vertreter in der Kommission praktisch mitarbeiten müssen.

Hinsichtlich der Zukunftsaufgaben in der Fleischversorgung entwickelte der Minister ein großzügiges Programm. Er stellte den Satz an die Spitze, daß die Regierung die Pflicht habe, „die heimische Fleischproduktion dauernd unabhängig von dem Auslande zu stellen und zu erhalten. Mit dieser wirtschaftlichen Unabhängigkeit steht die Unabhängigkeit der politischen Weltstellung in engstem Zusammenhang. Unsere geographische Lage, unsere Gesamtlage und die Wandelbarkeit aller politischen Konstellationen sollten diesen Satz bei allen Deutschen als unbestritten gelten lassen, welcher Wirtschaftspolitik sie auch folgen mögen. Also wenn wir in Zeiten einer abnormen Marktlage unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit mit höheren Preisen bezahlen, dann bringen wir diese Opfer nicht einer wucherischen Wirtschaftspolitik, sondern wir entrichten dem Vaterlande für unsere Sicherheit den Tribut. Aufgabe der Regierung und unser aller ist deshalb, die heimische Fleischproduktion, soweit wir vermögen, zu fördern.“

Zur Förderung der heimischen Fleischproduktion schlug der Minister hauptsächlich zwei Wege vor: Die Kultivierung der Moore und Niedländerereien und die Vermehrung der kleinen Bauernstellen. Die Kultivierung der Moore und Niedländer würde neue große Futtermengen bringen. Die Vermehrung der kleinen Bauernstellen ist deshalb so wichtig, weil die Viehproduktion, namentlich die Schweinemast, in den Händen der Klein- und Mittelbauern ruht. Wer diese Sicherstellung des heimischen Bedarfs aus der eigenen Erzeugung als eines der wichtigsten Ziele in der Fleischversorgung ansieht — und wir unterschreiben da die Ausführungen des Ministers Wort für Wort — der muß auch die Folgerung daraus ziehen und dem Minister zustimmen, wenn er sagt: „Es ist erforderlich, daß sich der Kleinbesitz unter gesicherten Verhältnissen der Schweinezucht widmen kann, ohne eine mächtige, überseeische Konkurrenz fürchten zu müssen.“ Der kleine Bauer hat das größte Interesse an ziemlich egalen Preisen. Mit Recht sagte Kollege Giesberts: „Der kleine Bauer verliert die Lust an der Viehhaltung, wenn er so viel Geld und Kraft auf die Aufzucht seines Viehes verwendet hat, und nun mit einemmal die Preise so tief fallen, daß er kaum noch auf den Ersatz seiner Unkosten rechnen kann.“ Es ist eine lächerliche Phrase, wenn gesagt wird, der Bauer müsse aus nationalen Gründen

ein Schwein mehr mästen. Er mästet nur eins mehr, wenn er dabei etwas verdienen kann.

Wir haben die Zuversicht, daß die Durchführung der Aufgaben, die der Minister dargelegt hat, auf unsere heimische Fleischversorgung von allerbestem Einfluß sein wird.

Aber bebauerlich finden wir den Standpunkt der Regierung in der Frage der Einführung von überseeischem Gefrierfleisch. Die Weigerung der Regierung, den betr. Paragraphen des Fleischgesetzes so zu ändern, daß die Einführung überseeischen Gefrierfleisches möglich ist, liegt nicht im Interesse der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes und nicht im Sinne einer guten Ernährung der minderbemittelten Schichten. Eine Aufhebung oder Aenderung der betr. Paragraphen in der Weise, daß das überseeische Fleisch jeder gesundheitlichen Kontrolle entzogen oder hinsichtlich derselben besser als das einheimische Fleisch gestellt werden soll, hat kein vernünftiger Mensch verlangt. Die Kontrolle ist jedoch auch auf anderem Wege als auf dem vom Gesetz vorgeschriebenen möglich. Wir erinnern an das Urteil der deutschen Schlachthofdirektoren, daß eine Untersuchung des Fleisches im Ueberseeelande durch einen amtlich bestellten deutschen Arzt genüge. Wir sind auch nicht der Meinung, daß die Einführung überseeischen Gefrierfleisches die Sicherung und Erweiterung der Viehzucht des bäuerlichen Kleinbetriebes gefährden könne. Bei dem überseeischen Gefrierfleisch wird es sich doch in der Hauptsache um Rindfleisch handeln, dagegen kommt es bei der Sicherstellung der Vieherzeugung der heimischen Kleinbauern doch vornehmlich auf die Schweinemast an. Und ferner: die Durchführung des vom Minister entworfenen Programms kann doch nur ganz allmählich vor sich gehen und wird erst nach vielen Jahren erfolgt sein. Nun nimmt aber der Bedarf in Deutschland alljährlich in großen Mengen zu, sodaß die in der Regel vorhandene allzu große Spannung zwischen Fleischbedarf und Vieherzeugung sich kaum mildern wird. Heute deckt Deutschland zwar 95% des Fleischverbrauches aus der eigenen Erzeugung, aber es deckt nicht 95% des Bedarfes an Fleisch. Es gibt weite Schichten der Bevölkerung, die ihren Verbrauch infolge der hohen Preise ganz erheblich einschränken und in der Woche wenig oder gar kein Fleisch essen. Und weil es sich, wie wohl festzustehen scheint, bei dem überseeischen Fleisch in bezug auf Geschmack und Verwendungsmöglichkeit um minderwertiges Fleisch handelt, werden als Käufer wohl in der Hauptsache die eben bezeichneten Schichten in Frage kommen. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Einführung überseeischen Gefrierfleisches zwar den Fleischverbrauch steigern würde, was im Interesse unserer Volksgesundheit und der Volkskraft sicher zu begrüßen wäre, daß diese Steigerung des Fleischverbrauches jedoch nicht auf Kosten der heimischen Vieherzeugung erfolgen würde. Die Erfahrungen in England und der Schweiz haben ergeben, daß die Preisbemessung für das einheimische Vieh und Fleisch ziemlich unabhängig von den von Uebersee eingeführten Fleischmengen erfolgt. Dabei kann das überseeische Fleisch in England in viel besserer Beschaffenheit an die Verbraucher im Kleinhandel abgegeben werden als das in Deutschland möglich wäre, weil infolge der reichlichen Wasserwege in England das Fleisch fast unmittelbar mit dem Schiffe an die Großstadt herangebracht werden kann. Das mag ein Grund mit dafür sein, daß in England das Gefrierfleisch die Fortentwicklung der heimischen Viehzucht aufgehalten hat. Das würde in Deutschland aber auch wohl deshalb wegfallen, weil unsere Bevölkerung im allgemeinen viel anspruchsvoller in bezug auf Fleisch ist, als die englische, sodaß das Ueberseeefleisch im allgemeinen weniger als Konkurrenz des deutschen Fleisches in Betracht käme, als vielmehr den Fleischgenuss auch dort ermöglichen, wo er heute nicht stattfindet.

Wir können uns bei unserer Forderung auf Einführung von Gefrierfleisch auf Männer berufen, die über jeden Verdacht erhaben sind, die deutsche Viehzucht und Schweinemast preisgeben zu wollen. Der Bauernführer Kei in hat sich wiederholt für Gefrierfleisch ausgesprochen. Ferner haben es kürzlich noch der bayerische Minister des Innern und ferner auch der württembergische Minister des Innern getan. Und selbst der Abgeordnete Herold, ein praktischer Landwirt, hat bei den Beratungen im Landtage die vom Minister vorgetragene Bedenken nicht geäußert; er hat von einer Konkurrenz des Gefrierfleisches für das einheimische Fleisch, nach den Berichten der „Kölnischen Volkszeitung“, mit keiner Silbe gesprochen, sondern den Schwerpunkt auf die Gesundheitskontrolle gelegt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, „daß recht bald die geeigneten Mittel gefunden werden können, die Gefriertechnik entsprechend zu verbessern“. Dem Schreiber dieses Aufsatzes gegenüber haben sich Bauern wiederholt dahin ausgesprochen, daß sie das überseeische Fleisch als Konkurrenz für das einheimische gar nicht fürchteten. Auf demselben Standpunkte steht der „Rheinländer“, das Organ für die Interessen der Landwirtschaft und des Mittelstandes. Das Blatt schreibt in Nr. 40 vom 6. Oktober: „... in Betracht käme... die Untersuchung des einzuführenden Fleisches bereits im Auslande durch unsere beamteten Tierärzte, die unsererseits mit dem nächsten Dampfer schon abreisen könnten, da zweifellos das Gefrierfleisch nicht entstanden sein wird, eine Konkurrenz des guten deutschen Qualitätsfleisches zu bilden, ebenjowenig wie f. B. die Margarine auf die Dauer die Butterpreise hat drücken können.“

Wir schließen mit folgendem: In unserer Zollpolitik wollen auch wir festhalten. Wir halten auch die landwirtschaftlichen Schutzzölle für absolut notwendig. Aber bei allem Eifer in dem Schutze der landwirtschaftlichen Arbeit darf doch auch die Sorge für die Verbraucher nicht außer acht gelassen werden. Die Dinge haben sich doch so entwickelt, daß die Beschaffung der Lebensmittel zu einer für die sogenannten unteren Volksschichten erschwerenden Aufgabe eine der dringendsten sozialen Fragen unserer Zeit geworden ist.

Welche Ortsgruppe

ist noch mit den Vorbereitungen für die in Elberfeld beschlossene Agitation zurück? Keine Ortsgruppe darf sich dem Beschlusse der Generalversammlung entziehen!

Unterrichtskurse für die Kolleginnen- und Arbeiterinnenkommissionen.

(Siehe die vorgehenden Artikel: Die Statistik der Kolleginnen.)

Dem Bedürfnis nach Schulung und Weiterbildung tragen nicht allein die in den früheren Artikeln erwähnten Konferenzen Rechnung; ein sehr gutes Mittel sind auch die sozialen Unterrichtskurse. In geregelten Abständen, etwa pro Woche oder alle zwei Wochen abgehalten, sind sie imstande, den Arbeiterinnen viel Wissen und Kenntnisse zu vermitteln.

Nach den Umfragen sind zusammen 83 Unterrichtskurse abgehalten worden, an denen Arbeiterinnen teilnahmen. Nun ist dabei zu bemerken, daß nicht die wenigsten der Unterrichtskurse von konfessionellen Arbeitervereinen eingerichtet sind; außerdem veranstalten mancherorts auch die Arbeiterinnenvereine speziell soziale Kurse. Dann sind auch die Gewerkschaften selbst, namentlich die Ortsstelle, daran, soziale Unterrichtskurse ins Leben zu rufen. Nicht zu vergessen sind die noch etwas neuen sozial-studientischen Arbeiterkurse. Gewiß schließt die Gesamtsumme von 83 Kursen alle diese Arten in sich. Ganz selten war bei der Umfrage bemerkt worden, von wem der Kursus ausgeht; doch bei drei Bezirken, M.-Glabbach, Wachen und Warmen, fanden sich Angaben über sozial-studentische Arbeiterkurse, deren in verschiedenen Ortsgruppen vier abgehalten wurden. Recht verschieden ist das Verhältnis, wenn man die Zahl der Teilnehmerinnen derjenigen der Kurse gegenüberhält.

Da muß es uns zunächst auffallen, daß im Bezirk Schlefien, obwohl dort nur zwei Kurse abgehalten sind, 125 Kolleginnen sich beteiligt haben. Somit nimmt Schlefien bezüglich Teilnehmerinnenzahl die erste Stelle ein. Dann folgt Wachen; hier sind 94 Kolleginnen an neun Kursen beteiligt; in M.-Glabbach zählen wir 46 Arbeiterinnen in zehn Unterrichtskursen; mit 40 sind diejenigen in Bayern auf acht Kursen noch gut vertreten. Dann reiht sich Pünster i. B. mit 35 Besucherinnen in fünf Kursen an. Baden übertrifft mit 26 Kolleginnen in nur vier sozialen Kursen die Angaben im Bezirk Krefeld, wo sich diese Zahlen mit 11 zu 25 gegenüberstellen. Mühlhausen i. G. nimmt sich mit 17 Teilnehmerinnen in drei Kursen immerhin noch stattlich aus. Die übrigen Bezirke brachten in der Aufstellung teilweise die gleiche Zahl sozialer Kurse und Besucherinnen; nur Warmen macht eine Ausnahme: wohl fanden neun Unterrichtskurse statt, aber die Zahl der Teilnehmerinnen beträgt — 1.

Zimmerhin, es sind im Ganzen 457 Kolleginnen, die in den letzten zwei Jahren eine systematische Schulung genossen haben; ob sich nun die erlangten Kenntnisse auf das Erfassen der Volkswirtschaft oder der christlichen Arbeiterbewegung, auf die Unterschiede in der Gewerkschaftsbewegung oder auf Apologetik, auf allgemeine Kenntnisse oder auf ein Wiederholen des elementaren Wissens erstrecken — einerlei — ein verstärktes Wissen drängt nun Handel. Und es ist sicher, daß die 457 Teilnehmerinnen sich nach dem Besuch der Kurse mehr betätigen konnten.

Nun zu den Arbeiterinnenkommissionen. Ihre Einrichtung ist noch ziemlich neu; deshalb sind sie auch noch nicht in allen Bezirken vorhanden und in den berichtenden noch spärlich. Das erklärt sich zum Teil dadurch, daß vielerorts schon Agitationskommissionen bestehen, in denen Kollegen und Kolleginnen die Agitation gemeinsam vornehmen. Wo jedoch schon eine größere Anzahl Kolleginnen in der Ortsgruppe ist und es befinden sich noch viele unorganisierte Arbeiterinnen in den Betrieben, da empfiehlt es sich immer, daß einer Arbeiterinnenkommission die Agitation übergeben wird. Wir zählen gegenwärtig 27 dieser Kommissionen; davon sind sechs noch neu, folglich konnten diese noch keine der weiteren Angaben machen. Aber, daß diese 27 Kommissionen 21 mal Hausagitation vorgenommen haben, ist ein Erfolg. Ob wohl die daran beteiligten Arbeiterinnen von Haus zu Haus gegangen wären, wenn es jede allein hätte tun müssen? Das kann man bezweifeln! In der Kommission aber konnten sie sich gegenseitig ermutigen und begeistern, sich über die Erfahrungen auszupprechen und sie konnten sich alle an den Erfolgen erfreuen.

Und sie hatten Erfolge! 213 Aufnahmen sind den rührigen Kommissionsmitgliedern zuzuschreiben, das heißt, soweit die Kolleginnen zahlenmäßige Angaben gemacht haben. In Wirklichkeit dürften noch weit mehr Aufnahmen gemacht worden sein; das beweist schon das offene „Ja“, welches mehrere Kommissionen auf die Frage nach den Erfolgen als Antwort gaben.

Wollten wir nach Bezirken urteilen, dann dürften sich zwei um die Krone streiten; da ist M.-Glabbach mit seinen sieben Kommissionen, von denen jede schon in Tätigkeit getreten ist. Wachen hat vier Kommissionen, die sämtlich mit Erfolg gearbeitet haben. Tatsache ist, daß M.-Glabbach die bestgefügte Arbeiterinnenkommission hat, mit einer Kollegin als Vorsitzende; eine weitere Tatsache ist, daß Wachen die meisten Erfolge aufzuweisen hat.

Wenn dies hier konstatiert wird, soll damit die Tüchtigkeit der Kommissionsmitglieder anerkannt werden. Zugleich soll hier einem edlen Wettstreit der Arbeiterinnenagitationskommissionen untereinander das Wort geredet sein. Welcher Bezirk wird bei der nächsten Umfrage an erster Stelle stehen bezüglich der Zahl der Kommissionen und der Erfolge?

Ueber den, die Arbeiterinnenversammlungen betreffenden Abschnitt ist im Geschäftsbericht schon einiges gesagt. Es sei hier nochmals darauf hingewiesen, daß die Versammlungen, dem Organisationsverhältnis entsprechend,

fast immer gut besucht sind. Wenn sich jedoch da und dort die Kolleginnen vornehmen wollten, für einen recht guten Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen, so wäre das wünschenswert.

Die Kartelle der deutschen Seidenwebereindustrie.

Nicht leicht zu überwindende Schwierigkeiten stellen sich einer Kartellierung der Damen- und Hutbandfabriken entgegen. Die Haupt Schwierigkeit lag in der Produktionsverfassung der Industrie, die neben größeren Fabriken zahlreiche kleinere Werke und auch eine noch relativ starke Hausindustrie aufzuweisen hatte. Es muß betont werden, daß die Fabriken vielfach auf die letzteren angewiesen sind und sich auch aus leicht begreiflichen Gründen Mühe geben, sie zu erhalten. Vorbedingung zu einem Kartell wäre eine generelle Regelung des Verhältnisses zwischen dem Verleger und dem Hausindustriellen. Erst wenn die Produktionskosten für die Verleger annähernd die gleichen waren, erst wenn alle Fabriken gezwungen waren, wegen der gleichen Produktionskosten auch gleiche Forderungen und Bedingungen an ihre Abnehmer zu stellen, war die Möglichkeit einer Kartellierung der Industrie gegeben.

Dem erwähnten Zwecke sollte ein Tarifvertrag zwischen dem Verband der hausindustriellen Meister und dem schon bestehenden Fabrikantenverband dienen. Diesem Vertrag von 1896, der die Löhne an die Hausindustriellen regelte, folgte 1902 eine engere Verbindung, die den Verkehr zwischen Verleger und Hausindustrielle auf Angehörige der beiden Verbände beschränkte. Der Meisterverband verpflichtete sich, nur an Angehörige des Fabrikantenverbandes zu liefern und dieser, nur bei Angehörigen jenes arbeiten zu lassen. Mit der Regelung dieser Verhältnisse allein war aber ein Kartell noch nicht geschaffen — auch in dieser Industrie mußte erst die einseitige Ueberproduktion, mußten erst verheerende Verkaufskonditionen den Boden für den Kartellierungsgedanken ebnen. So konnte erst 1906 der Fabrikantenverband die Regelung der Verkaufsbedingungen in seinen Aufgabenkreis mit einbeziehen.

Die direkte Folge dieses Vorgehens war ein Vertrag zwischen der Vereinigung der Damen- und Hutbandfabrikanten und dem Verband der Samt- und Seidenwarengroßhändler, den wir ja aus früheren Beiträgen schon kennen. Der Exklusivvertrag enthielt die gegenseitige Verpflichtung, nur bei Angehörigen des Fabrikantenverbandes zu kaufen bzw. nur an Angehörige der Großhändlervereinigung zu liefern. Bestrebungen, auch die Preise durch das Kartell bestimmen zu lassen, sind an der Mannigfaltigkeit der Produktion, an dem starken Modewechsel und daher auch Produktionswechsel in dieser Industrie gescheitert. Wir können uns hier durchaus dem Urteil von Beckerath anschließen, wenn er meint: „Der Seidenbandindustrie ist trotz ihrer wesentlich hausindustriellen Betriebsweise, und was daneben ebenso sehr in Betracht kommt, trotz ihrer differenzierten und schwankenden Produktion durch eine Vertiefung glücklicher Umstände die Herstellung einer Organisation zu Zwecken der Durchführung einer einheitlichen Kondition ermöglicht worden. Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, daß es gelingen wird, diese Organisation unter so ungünstigen Umständen zu einem Preisverbande zu entwickeln.“

Von den übrigen in der Seidenweberei bestehenden Kartellen sollen hier nur noch zwei erwähnt werden: der Verband der Schirmstoff- und der der Krawattenstofffabriken. Der erstere wurde nach langwierigen Verhandlungen im Jahre 1905 gegründet. Was diese Gründung besonders schwierig machte, war die große räumliche Entfernung der Fabriken und die mit ihr verbundenen verschiedenen Produktionsbedingungen, wobei die unterschiedliche Höhe des Lohnes das größte Hemmnis bot, ferner die Abneigung der Unternehmer gegen eine Kartellierung überhaupt. Von besonderem Interesse ist bei diesem Kartell die Art und Weise, wie die Außenleiter bekämpft wurden — ein Exklusivvertrag mit einem Abnehmerverband war hier nicht möglich, weil die Fabrikanten fast nur an Detailhandel lieferten — wegen dieses Mangels einer Organisation waren auch die vom Verbands festgesetzten Verkaufsbedingungen ohne weiteres durchgegangen. Der Verband mußte daher andere Wege beschreiten! Man wandte sich deshalb an die Hilfsindustrie — die Färberei — und schloß mit dieser einen Vertrag, wonach sie sich verpflichtete, nur nach den Mitgliedern des Schirmstoffgewerbes bei einer Erhöhung der Preise um 33 1/2% einen Rabatt von 25% gewähren zu können. Die Mitwirkung der Färberei war also mit einer nicht unerheblichen Preiserhöhung, 8 1/2%, verbunden, erreichte aber den gewollten Zweck, indem sich bald alle Fabriken im Schirmstoffverband vereinigten. Ein Versehen einer außerhalb des Verbandes bleibenden Fabrik ist unmöglich, da sie 33 1/2% höhere Veredelungskosten zahlen müßte als die Konkurrenz! Der Schirmstoffverband ist über die Regelung der Konditionen nicht hinausgekommen, insbesondere ist es ihm nicht gelungen, die Preise zu regulieren, obgleich die Produktion gerade in dieser Industrie relativ einheitlich ist, eine Preisbestimmung also leicht möglich wäre. Daß sie bisher nicht gelungen ist, muß dem persönlichen Verhältnis der Fabrikanten untereinander zugeschrieben werden.

Der Verband der Krawattenstofffabrikanten entstand 1903. Die Entstehungsurachen waren dieselben wie bei den übrigen Industrien — im übrigen muß erwähnt werden, daß hier die Voraussetzungen viel günstiger waren als anderswo. Die örtliche räumliche Konzentration auf Krefeld und Umgegend schuf ziemlich gleiche Produktionsbedingungen — und diese erleichtern die Bildung eines Kartells ja außerordentlich. Der Verband regelte nicht nur die Konditionen, sondern auch die Preise. Hier war auch sonst hatte die Kartellierung der Produktion den Effekt, daß sich auch die Hauptabnehmer, die Krawattenfabrikanten, zusammenschloßen. Mit deren Verband schloß der Krawattenstoffindustriellen im Jahre 1909 einen Vertrag, der in der Hauptsache — wenigstens in seiner Wirkung — einen Exklusivvertrag darstellt. Die Krawattenfabrikanten verpflichteten sich, nur bei Angehörigen des Krawattenstoffverbandes zu kaufen, während diese den Angehörigen des Krawattenverbandes einen besonderen Rabatt einräumten. Einen großen Erfolg hatte der Verband gegen die ausländische Konkurrenz.

Es gelang ihm, mit den in Oesterreich organisierten Krawattenstofffabriken einen Vertrag zu schließen, indem sich beide Teile verpflichteten, im Gebiet des andern Teiles zu dessen Bedingungen zu verkaufen.

Mit den bisher besprochenen Kartellen ist ihre Anzahl noch nicht erschöpft. Es erübrigt sich aber, auf die andern einzugehen, teils, weil sie von keiner größeren Bedeutung sind, teils, weil ich sonst ähnliche Erscheinungen wiederholen müßte. Wenn ich die einzelnen Kartelle bisher mit der Ausführlichkeit besprochen habe, wie es geschehen ist, tat ich das, um in einem Zweig unserer Industrie ihre Macht und Bedeutung zu zeigen. Diese Spezialbetrachtung soll uns die Möglichkeit geben, die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kartelle zu begreifen, andererseits aber auch uns zu ihrer Wertung zu befähigen.

Allgemeine Rundschau.

Ausschussigung des Gesamtverbandes. Die diesjährige Herbsttagung des Ausschusses des Gesamtverbandes fand gelegentlich des achten Kongresses am 5. und 6. Oktober in Dresden statt.

Im Tätigkeitsbericht des Vorstandes wurden die wichtigsten Vorgänge seit der Frühjahrsausschussigung behandelt, u. a. die Entwicklung des Gewerkschaftsstreites, die Neugründung des Weinberg-, Walb- und Landarbeiterbundes, die Zuspitzung der Situation im Buchdruckgewerbe etc. Die Spannung zwischen der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsrichtung habe an Schärfe nichts verloren; das Verhältnis zu den kirchlich-dumckerischen Gewerkschaften sei in letzter Zeit wieder etwas besser geworden, vornehmlich durch das gemeinsame Vorgehen bei der Gründung des Verbandes deutscher Krankenkassen. Ein Zusammengehen der beiden Richtungen wäre in manchen Fragen wohl möglich und zweckdienlich; zu weit gehende Schlussfolgerungen und Ansprüche dürften jedoch von keiner Seite daraus hergeleitet werden. Einmütig kam zum Ausdruck, daß die Hauptaufgabe unserer christlichen Gewerkschaften, die materielle Besserstellung des Arbeiterstandes, durch die vielen und schweren Abwehrkämpfe nicht leiden dürfe. Eine weitere energische praktische Gewerkschaftsarbeit sei gegenwärtig besonders notwendig im Hinblick auf die Teuerungsvorgänge, die die Lage mancher Arbeiterfamilien verschlechtert hätten.

Eingehend wurden agitatorische Maßnahmen für die Herbst- und Winterarbeit besprochen sowie organisatorische Reformen betr. Ausbau des Generalsekretariats, der Landessekretariate und Ortsstellen vorberaten. Der Ausbildung der Verbandsleiter und führenden Außenbeamten soll erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Eine Aussprache über die Aufbringung besonderer Mittel bei großen Arbeitskämpfen endete damit, daß man sich noch nicht auf ein bestimmtes Schema festlegte, sondern den Vorstand des Gesamtverbandes ermächtigte, bei solchen Anlässen der jeweiligen Situation entsprechende Wege einzuschlagen.

Nachdem der Geschäftsbericht erledigt und dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt war, befaßte sich die Ausschussigung mit dem bevorstehenden Kongress, für den noch manche Vorbereitungen zu treffen waren. Am zweiten Verhandlungstag, Sonntag, den 6. Oktober, hielt Kollege Krehber einen sehr zeitgemäßen Vortrag über die Tätigkeit des Bureaus für Arbeitervertretung am Reichsversicherungsamt, worin eine Menge praktischer Winke für dieses Arbeitsgebiet gegeben wurden. Es wäre dringend zu empfehlen, diese Winke und Anregungen allen, die in der Praxis des Rechtschutzes stehen, zugänglich zu machen.

Dann folgte noch ein Referat des Kollegen Gutsche-Elberfeld über die Vorbereitung und Durchführung parlamentarischer Aktionen, das eine lebhaftere Diskussion auslöste. Dabei zeigte sich deutlich, daß die einzelnen Berufe sehr verschiedenartige Interessen auf gesetzgeberischem Gebiete haben und infolgedessen auch sehr voneinander abweichende Wege einschlagen müssen, um ihren speziellen Berufsinteressen Geltung zu verschaffen. Auf dem Gebiet der allgemeinen Sozialpolitik ist natürlich eine größere Einheitlichkeit vorhanden.

Mit dem Wunsch, daß der bevorstehende achte Kongress sich seinen Vorgängern würdig anreihen möge, wurde die Ausschussigung geschlossen.

Ein schnöder Mißbrauch des Gastrechts. Die sozialdemokratische Presse schlägt ein Lamento darüber an, daß die Leitung des Dresdener Kongresses der christlichen Gewerkschaften einen Beamten des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, den sächsischen Landtagsabgeordneten Krause, von dem Kongresse verwiesen habe. Die sozialdemokratische Presse übertreibt wieder ganz gewaltig, wie das von ihr nicht anders zu erwarten ist. Wir und auch unser Kollege Schiffer, der doch erster Vorsitzender des Kongresses war, wissen von einem „Hinauswurf“ nichts. Tatsache ist allerdings, daß einigen sozialdemokratischen Pressevertretern, die in allzugroßer Bescheidenheit an dem für die Ehrengäste bereitgehaltenen Tische Platz genommen hatten, in aller Höflichkeit eröffnet wurde, sie möchten sich einen andern Platz suchen. Vielleicht hat sich darunter auch der Herr Krause befunden, der dann die getränkte Beverwurst spielte und das Kongresslokal verließ, um sich später in der Presse als einen feiern zu lassen, der der „brutalen christlichen Unduldsamkeit“ zum Martyrium verfiel. Wir wissen nicht, ob die sozialdemokratischen Kongresse einen besonderen Ehrentisch für die uneingeladen erschienenen christlichen Gewerkschaftsvertreter reservieren.

Sicherlich können sich die auf dem Dresdener Kongress anwesenden Genossen über schlechte Behandlung nicht beklagen. Dagegen hat ein Genosse das ihm freiwillig eingeräumte Gastrecht in einer geradezu unverschämten Weise mißbraucht. Es ist der bekannte Dr. Erdmann. Ihm stieg bei dem glänzenden Verlauf des Kongresses und bei dem guten Eindruck, den die Verhandlungen auf die bürgerlichen Pressevertreter und die anwesenden Gäste machten, wohl die Galle ins Blut. Er machte seinem Schmerze in folgender Verleumdung einem bürgerlichen Pressevertreter gegenüber Luft:

„Glauben Sie doch nicht, daß die Christlichen so sind, wie sie sich hier zeigen; kommen Sie nur einmal zu uns herüber ins Industriegebiet. Da werden Sie ihr wahres Gesicht sehen. Da werden Sie bestätigt finden, daß sie nichts anderes sind, als eine abgefeimte Zentrumsippe.“

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Charaktereigenschaften dieses anscheinend bis zur Krankhaftigkeit fanatischen und neidischen Menschen, daß er seine Gastgeber in einer solchen schmutzigen Weise verleumdet und beschimpft. Wenn der Herr Dr. Erdmann einen solchen Begriff von Gastrecht, Anstand und Takt hat, dann wird man gut tun, ihn in Zukunft von allen öffentlichen, christlichen Gewerkschaftstagen auszuschließen. Solche Leute wirft man rückwärts zur Tür hinaus.

Arbeitshäuser als Lohnbrücker in der Textilindustrie. Der bekannte Textilort Spremberg in der Lausitz beherbergt eine Provinzialfürsorgeanstalt für die Provinz Brandenburg. Arbeitsscheue und andere Menschen, die der staatlichen Zwangsfürsorge bedürftig sind, werden hier untergebracht.

Nun benutzt man seit einiger Zeit Insassen des Hauses zu Arbeiten in den Textilbetrieben des Ortes. Die Leute werden unter Aufsicht zur Fabrikstelle hin- und wieder zurückgeleitet. Sie arbeiten für einen Lohn von 1,50 M. täglich; bekommen sie in dem Betriebe das Mittagessen geliefert, verringert sich der Verdienst um 30 Pfg. pro Tag. Nicht genug damit, daß die Leute unter dem ortsüblichen Lohne entlohnt werden, sie werden auch trotz der schlechten Lohnzahlung viel schärfer angepannt als die übrigen Arbeiter, sie bedienen durchweg mehr Maschinen als diese. Daß die Arbeiterchaft des Ortes über diese Dinge geradezu erboht ist, braucht nicht zu verwundern. Zunächst bilden diese Zwangsfürsorgezöglinge ein Vergnügen für die übrigen Arbeiter in bezug auf Anstand und Sitte. Es verletz auch das Ehrgefühl eines anständigen Menschen, mit allerlei Gesindel zusammenarbeiten zu müssen. Aber diese Arbeitshäuser drücken auch die ohnehin schlechten Löhne in Spremberg und nehmen den einheimischen

Arbeitern sozusagen das Brot aus dem Munde. Diese Arbeitshäuser werden beschäftigt, obwohl andere Arbeiter in Spremberg genug zu haben sind. So bilden sie eine gefährliche Konkurrenz für die ansässige Arbeiterschaft.

Diese Sache in Spremberg steht nicht vereinzelt da. Auf unserer Verbandsgeneralversammlung wurden aus anderen Orten ähnliche Dinge berichtet. Es wird mal notwendig sein, daß unsere Kollegen im preussischen Abgeordnetenhaus die Angelegenheit zur Sprache bringen.

Hirsch-Dundersche Unbuddsaunkheit. In den beiden Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsblättern, dem „Regulator“ und dem „Gewerkverein“, macht eine bedrückte Seele ihrer Verärgerung darüber Luft, daß in den evangelischen Arbeitervereinen Sachsen mit Erfolg versucht wird, für die christlichen Gewerkschaften Propaganda zu machen. Das hat die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsmänner in eine ganz gallige Stimmung veretzt. Namentlich hat es ihnen der Kreisvorsitzende der evangelischen Arbeitervereine für den Bezirk Zwickau, Pastor Ungnad, angetan, der wegen seines Eintretens für unsere Bewegung in einer häßlichen Weise persönlich angegriffen wird.

Anlaß zu dem Vorgehen der genannten Blätter gibt eine von christlicher Gewerkschaftsseite einberufene Versammlung, zu der die evangelischen Arbeitervereine eingeladen und auch erschienen waren. In dieser Versammlung waren außer anderen Vertretern der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften auch — zufällig, wie die genannten Blätter versichern — die Gewerkschaftsbeamten Gleichauf-Berlin und Sauer-Weipzig anwesend. Einer von den mutigen Gewerkschaftsmännern protestierte dagegen, daß in den evangelischen Arbeitervereinen Propaganda für die christlichen Gewerkschaften gemacht wird. Er drohte sogar,

wenn der Pastor Ungnad sein Eintreten für die christlichen Gewerkschaften nicht aufgabe, würde er aus der Landeskirche austreten.

Vor auf ihm der Barrer erwiderte, wenn seine Zugehörigkeit zur Kirche solcher Art sei, dann habe diese mit seinem Austritte nichts verloren. Auch die Beamten Gleichauf und Sauer meinten, verpflichtet zu sein, „auf das Bedenkliche für die evangelischen Arbeitervereine und die Geistlichen hinzuweisen, die Agitation für die christlichen Gewerkschaften in diese Vereine hineinzutragen.“

Das erreicht nun doch bald die Grenze dessen, wo die Unverschämtheit anfängt. Meinen denn die Hirsch-Dunderschen Leute, daß die evangelischen Arbeitervereine Sachsen nur Agitationsklub für die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sein dürfen? Diese haben seit langem die Arbeitervereine für ihre Zwecke mobil

gemacht. Der „Verein zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung“, an dessen Spitze auch einige Hirsch-Dundersche Beamten stehen, hat es sich doch gerade zur Aufgabe gemacht, in den evangelischen Arbeitervereinen den Gewerkschaftsgedanken zur Entfaltung zu bringen und andererseits die nationalen Arbeiter für die evangelischen Arbeitervereine zu interessieren. Nun machen die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften fröhlich und munter in den evangelischen Arbeitervereinen für sich Propaganda. Den christlichen Gewerkschaften wird aber dasselbe Recht abgesprochen. Für die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften dürfen die evangelischen Arbeitervereine und die evangelischen Geistlichen Mitglieder werden, wenn sie es jedoch auch für die christlichen Gewerkschaften tun, dann ist das für die Arbeitervereine und die Geistlichen „bedenklich“, dann werden diese persönlich angegriffen, dann wird sogar mit Austritt aus der Landeskirche gedroht.

Wie jämmerlich schwach müssen sich doch diese Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften fühlen, daß sie eine solche abstoßende Unbuddsaunkheit an den Tag legen. Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung werden sie damit in Sachsen nicht aufhalten.

Wiedereintritt in die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung — noch in diesem Jahre! Wer einmal bei der Invalidenversicherung versichert war (durch Markenkleben), kann auch noch nach Jahren jederzeit die alte Versicherung freiwillig wieder aufnehmen, „erneuern“. Auch selbst dann, wenn die frühere Anwartschaft erloschen ist, werden, sobald von neuem 200 Marken freiwillig oder auf Grund eines Arbeitsverhältnisses geklebt sind, die alten Marken wieder gültig. Diese „Erneuerung“ der Versicherung ist auch noch möglich, wenn das 40. Lebensjahr überschritten ist, freilich unbeschränkt nur noch bis zu Ende 1912. Nach dem 31. Dezember d. J. treten für diese sehr erschwerende Bedingungen ein. Deshalb sollten alle Handwerksmeister, Landwirte, Kaufleute und sonstige selbständige Personen, auch Frauen, welche 40 Jahre oder älter sind und früher einmal geklebt haben bzw. versicherungspflichtig beschäftigt waren, noch vor Jahreschluss von dieser Erneuerung der Versicherung Gebrauch machen. Es ist die beste Kapitalanlage, die sich denken läßt. Dieses gilt doppelt für diejenigen, welche Frau und kleine Kinder haben, da letztern auch die neue Witwen- und Waisenversorgung zugute kommen kann.

Die Erneuerung der Versicherung hat allerdings nur dann Zweck, wenn früher mindestens 100 Marken auf Grund der Versicherungspflicht oder des Rechts der Selbstversicherung geklebt sind oder wenn wenigstens gute Aussicht besteht, daß die fehlenden Marken auf

Der soziale Gedanke in Gedichten. *)

(Von Wenzel Frankemölle-Amsterd.)

Es hat verhältnismäßig sehr lange gedauert, bis der soziale Kampf der modernen Zeit von modernen Dichtern poetisch gestaltet worden ist. Das lag wohl erstens an der Schwierigkeit, sich hineinzuversetzen in die realen Verhältnisse des scheinbar unpoetischen und kalten Alltags, und zweitens an dem komplizierten, weltfernen Wesen der modernen Dichter, die in Vereinsamung und Abschließung von der Gesellschaft ihre Kraft suchten. Im großen und ganzen kann man denn auch ruhig behaupten, daß die große Kunst zum größten Teil an dem sich ausbreitenden sozialen Gedanken, an der sozialen Erhebung des Volkes verstandlos vorübergegangen ist. Sie ist den Idealen des Volkes, die noch krank und verwundet waren, nicht der barockherzige Samaritaner gewesen. Ist's jetzt noch nicht. Sie ist vorübergegangen. In dieser Tatsache liegt eine schwere Tragik. Nicht für das Volk, sondern für die Kunst. Sie hat den Kontakt mit dem Volke verloren. Die heutige Kunst muß büßen für den Verlust, womit man die Kunst dem Volke genommen hat (die Freveltat hat begonnen schon mit der Renaissance), womit man die von Gott gegebene Spielgenossin aller zum Eigentum einzelner gemacht hat. Jetzt kommt aus den hohen Regionen der großen Kunst fast tagtäglich die bewegte Klage, das Volk zeige kein Verständnis für Kunst, das Volk habe einen verdorbener Geschmack. Ja aber, hochgeschätzter Meister, wer trägt denn die Schuld? Man kann hundert Vermutungen aufstellen. Es werden alle Vermutungen bleiben. Nur ein Ding ist sicher: das Volk trägt keine Schuld daran.

Soziale Gedichte sind schon viele gemacht worden. Es gibt in allen Ländern eine Partei, die man die internationale nennt. Diese Partei versteht es, die Kunst ihren Zwecken dienbar zu machen. Das ist, von uns aus gesehen, sehr bedauerlich. Denn die Kunst wird dadurch nicht immer sozialisiert, und das Volk bekommt öfters Surrogate statt wahrer Kunst. Es kommt noch hinzu, daß diese sozialdemokratische Kunst negativ und tendenziös ist. Aber nicht in all ihren Neigungen. Sehen Sie, diese Kunst kann die geträumten und phanta-

*) Wir entnehmen diesen Aufsatz dem soeben erschienenen ersten Heft der Zeitschrift: „Die Volksgenossen“, Zeitschrift für Studenten und Arbeiter. Organ heimlicher Arbeiterparteien. Wir möchten unseren Mitgliedern, namentlich den Teilnehmern der hiesigen Arbeiterkurse, aber auch allen anderen, ein Abonnement auf diese Zeitschrift dringend empfehlen. Bei Einzelbezug kostet sie jährlich nur 1 M., bei Bezug von mindestens 10 Exemplaren gar nur 80 Pfg. Wir möchten unseren Parteigenossen und Vertrauensleuten empfehlen, Abonnement zu sammeln und dann die Bestellung an das Sekretariat Sozialer Studentenarbeit, R.-Stadtbach, Kurze Straße 10, gelangen zu lassen.

fieren Herrlichkeiten des Zukunftsstaates sehr positiv ausmalen. Vielleicht verstehen Sie, daß das auf das Volk einen tiefen Eindruck machen kann. Es gibt außerdem noch eine Kunst, die von Arbeitern und Arbeiterinnen selbst gemacht wird. Und die Tatsache, daß sehr viele dieser Volksdichter oder besser dieser Dichter aus den Schichten des Volkes aus dem roten Lager sind, ist gut zu verstehen. Diese Dichter aus dem Volke sind eben in ihrem tiefsten Innern von den anscheinend positiven Idealen einer herrlichen Zukunft angeregt worden. Was stellen wir gegenüber? Sind unsere Lebensherrlichkeiten, die Schönheiten des Christentums zu alt geworden? Lieben sie keine Jugkraft mehr aus? Das glaubt keiner von uns. Nur haben wir den Kontakt mit dem Volke verloren. Wir singen und dichten nicht mehr in einer Sprache, in einer Form, die das Volk versteht. Unser Inhalt faßt meistens an und schließt mit „Ich“! Ist unsere Kunst nicht das höchste des Egoismus geworden?

Trägt das Volk in dieser Beziehung gar keine Schuld? Ich sagte schon nein. Geschichtlich hat es keine Schuld. Aber könnte es in der Gegenwart nicht ein wenig selbstbewusster hinstreten? Können wir nicht sagen, daß die Intelligenz von heute Schuld trägt, indem sie zu wenig zu dem Volke geht, und das Volk, indem es zu wenig hinauszustreben versucht?

Freunde beider Schichten, laßt uns arbeiten, zusammenarbeiten im Garten der Schönheit. Die Rosen der neuen Schönheit, die aus dem ganzen Volk aufblühen müssen, sind zum Teil schon gepflanzt. Schwach sind sie noch und zart. Hüten wir sie!

Für heute wollen wir die Frage der Schuld und die Frage der Entzweiung zwischen der großen Kunst und dem Volke ruhen lassen. Nur für heute; wir müssen auf das Problem zurückkommen. Es darf nicht unter die Schlafmütze, wie mehr!

Es gibt aber eine soziale Kunst. Dichtungen vom Brett und fürs Brett. Man soll nicht sofort den Stab brechen über diese Kunst. Gewiß, sie hat erotische Auswüchse gezeigt, sie hat hier und da viel zu revolutionärem gewirkt, sie hat über Gott und Religion gespottet, gerade wie die große Kunst. Aber es hat auch viele Brettidyllen gegeben, die mehr soziales Verständnis in ihrem kleinen Finger gehabt haben als viele große Künstler, als viele anerkannte offizielle Künstler in ihrem ganzen Schadel! O diese kleinen Dichter haben so manches Mal ihr Ohr zu lauschen gelegt an das Herz des Volkes. So manche Träne haben sie verstanden, so manches Leid miterlebt. Und wie sie das Leid, das Leid gekannt haben! Schade, tausendmal schade, daß die meisten dieser Dichter den Lebensstich des Christentums nicht mehr gekannt haben. Darum enden ihre Dichtungen meist listlos, meist pessimistisch. Sie haben den rauhen Realismus, die unerbittliche Wirklichkeit in die Rhythmen und Reime ihrer Lieder mit eisernem

Hammer hineingeschmiebet. Sie haben diese Wirklichkeit leider meistens nicht verklärt. Das hätten unsere christlichen Dichter tun können. Sie hätten das Gegenstück schaffen können! Christliche Dichter sowohl aus der Intelligenz als aus dem Volke! Wir werden noch viele Jahre büßen müssen für dieses Verhängnis! Fernen wir jetzt von diesen unerbittlichen Realisten! Vergessen wir nicht, daß sie viel Gutes getan haben! Wir zitieren einige Lieder aus dem Buche: Die zehnte Muse, herausgegeben von Maximilian Berndt. (Berlin 1912, E. Söner.)

Stellen wir uns das Mittel vor! Die eleganten Kaffeehäuser und Restaurationen schließen mitten in der Nacht ihre Räume. Das elegante Nachtpublikum der Großstadt denkt nicht daran, schlafen zu gehen. In's Kabaret. Dort ist die Freude, dort ist das Lied! Wirklich, sie finden da Freude, sie finden aber nicht allein das Lied der Freude! Lachend und frohlockend klatschen sie blühenden Lebens gezeigt. Stille! Ein neuer Sänger erhebt sich. Bleich und ergriffen sieht er aus. Aus seiner Mandoline reißt sich arme, gebrochene Klänge los. Man hört eine tiefe, leidende Stimme:

„So“, sprach mein Arzt, „so kannst du nicht genesen; Du schreibst dich stich und hast dich krank gelesen, Umwogt von Altentraub und schwüler Luft; Ein einziges Mittel nur kann dich noch heilen, Du darfst an diesem Pult nicht länger weilen, Du mußt hinaus aus deiner dumpfen Gruft.“

Es ist ganz stille geworden. Man wird nachdenklich. Das Lied heißt: „Der kranke Schreiber“ (Julius Sturm). Und jetzt zieht ein Bild von Glend an diesen eleganten männlichen und weiblichen Nachtschmetterlingen vorüber! Die Stimme des armen Schreibers ist fürchterlich! Wer sorgt für die Meinen, wer verdient das Brot, wenn ich fortgehen soll? Habe ich denn Geld dafür? Mein Weib hat der Armut Jammer treu mit mir getragen. Weiter, weiter muß ich... für mein Weib, für meine Kinder...

Er senkte tief und griff zum neuen Bogen. Und schrieb, den Blick mit Tränenflor umzogen, Dann wieder eifrig fort in Fieberhaß. So trieb er's noch geduldig viele Wochen, Da endlich war das treue Herz gebrochen. Sie legten in das Grab den müden Mann. Ein schlächter Stein, der ärmlichste von allen, Nennst seinen Namen nur, doch daß gefallen Ein Feld mit ihm, zeigt keine Schrift euch an.

Das ist die Wirklichkeit, erschütternd, ergreifend! Und das Publikum ist ergriffen, ist erschüttert. Habe ich es nicht mitgemacht, daß eine Sammlung verankaltet wurde, als bekannt wurde, daß der Inhalt des Liedes nicht erdichtet war? Solche Dichtungen wirken wie Feuer, entflammend, zündend! Ach, wer von unsern Dichtern dichtet sie nach? Die Verklärung der Hoffnung auf ein anderes Leben würde die Trostlosigkeit haben in dämmerndes zwar, aber doch in das Licht!

Mitglieder,

stellt euch dem Ortsgruppenvorstande für die Agitation zur Verfügung! Es ist Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes, für die Weiterentwicklung des Verbandes tätig zu sein!

Grund der Zwangs- oder Selbstversicherung noch in Zukunft beigebracht werden können. Wenn später nämlich der Antrag auf Rente gestellt wird und dann nicht mindestens 100 Markten auf Grund der Versicherungspflicht oder des Rechtes der Selbstversicherung, die vor dem 40. Lebensjahre begonnen sein muß, geklebt sind, können alle Markten als ungültig erklärt werden.

Wer etwa die letzte Quittungskarte verloren hat, braucht deshalb noch nicht den Plan aufzugeben. War er in den letzten zwei (oder auch vier Jahren) in versicherungspflichtiger Lohnbeschäftigung, so kann er sich die Karte noch für diese Zeit nachträglich ausstellen lassen und kleben. Jedenfalls sind aber die früher umgetauschten Karten bei der ersten Versicherungsanstalt, in deren Bezirk er eintrat, aufbewahrt; er kann sich also von dort durch Vermittlung des Versicherungsamts oder direkt (um die Auffindung der Karten zu erleichtern, ist das Geburtsdatum anzugeben) die Bescheinigung beschaffen, daß er zur Erneuerung der Versicherung berechtigt ist und zugleich auch für sich feststellen, ob er die oben skizzierten 100 Markten beibringen kann. Die „Erneuerung“ geschieht dann in derselben Weise wie sonst: er läßt sich eine Quittungskarte ausstellen und klebt auf seine Kosten in diese die gewöhnlichen Markten ein. War er früher auf Grund der Versicherungspflicht versichert, dann soll er sich eine gelbe Karte ausstellen lassen, da bei Zwangsversicherung und ihrer freiwilligen Fortsetzung die Wartezeit und Bedingungen der Erhaltung der Anwartschaft viel günstiger sind als bei der „Selbstversicherung“ (graue Karte). Im übrigen steht die Wahl der Lohnklasse frei. Je höher die Lohnklasse, desto höher später die Rente.

Es empfiehlt sich, zunächst möglichst für jede Woche zu kleben, bis die für die Erneuerung der Versicherungsverhältnisse und die Erfüllung der Wartezeit nötige Marktenzahl erreicht ist. Wenn nämlich vor Erfüllung der Wartezeit Invalidität eintritt, dann gibt's keine Rente und sind alle Beiträge verloren. Im übrigen genügt es, wenn alle zwei Jahre bei Zwangsversicherung und ihrer freiwilligen Fortsetzung mindestens 20, bei Selbstversicherung mindestens 40 Markten geklebt werden. Auch hier gilt: je mehr Markten geklebt sind, desto höher stellt sich die Rente.

Wenn also z. B. ein Handwerksmeister früher als Geselle oder eine Frau früher als Dienstmädchen mindestens 100 Markten geklebt hat, dann genügt es schon, wenn diese Personen nach Erneuerung der Versicherung jährlich 10 Markten niedriger Lohnklasse (d. i. 1,60 M. jährlich) kleben. Für diesen Betrag können sie sich jahrelange Renten, die Tausende von Markten bedeuten können, für sich oder ihre Angehörigen in Zukunft sichern.

Das wahre Gesicht. Die parteipolitische „Neutralität“ hat der sozialdemokratische Textilarbeiterverband längst preisgegeben. Hier bekennet man offen Farbe. Hinsichtlich der Stellung zur Religion jedoch treibt man — wenigstens in christlichen Gegenden — das alte Versteckenspiel immer noch. Aus agitatorischen Gründen natürlich. Nur hier und da enthält man sein wahres Gesicht. Das ist vor allem im „Textilarbeiter“, dem Organ des sozialdemokratischen Verbandes schon des öfteren geschehen. So wieder einmal recht deutlich in der Nummer 43 vom 25. Okt. 1912. Da wird zunächst in einem Artikel der Redaktion die katholische Geistlichkeit ganz allgemein als gehöriges Werkzeug des Unternehmertums hingestellt. Ihr ganzes Streben gehe dahin, die Arbeiter niederzuhalten und zu gefügigen Objekten der kapitalistischen Ausbeutung zu machen. Was man mit dieser veretenüderlichen Verdächtigung bezweckt, ist klar.

Deutlicher wird der „Textilarbeiter“ im Feuilleton. Hier bringt er eine Skizze von Otto Buchwitz-Bahnsdorf, betitelt: „Wiedersehen“. Der Verfasser schildert da seine bei einem Begräbnis gewonnenen Eindrücke. Dabei macht er aus seinem Herzen keine Wörbergrube. Das Wort „Wiedersehen“ auf dem Sarge entstammt nach ihm „dem Phrasenarsenal unserer heutigen Kirche“. Nach den Lehren dieser geschehe alles, was den Armen an Not, Elend, Entbehrungen durch eine dem Arbeiter ungünstige Wirtschaftsordnung zugefügt wird „im Namen des Herrn“. Dieser Name werde von den Lehren mißbraucht, „um die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen zu rechtfertigen, um die Armen von dem Kampfe um Menschenrechte abzuhalten.“ Den Mann kann man um seine Auffassung über das Wesen und die Lehren des Christentums nur bedauern. Wörtlich sagt er dann weiter:

„Wir sind auf dem Friedhofe angelangt, und während die anderen Leidtragenden in die Pietätshalle gehen, um sich an den Worten des Geistlichen zu erbauen, studiere ich die verschiedenen Grabinschriften. Sie sind fast alle auf dieselbe Melodie gestimmt; von fast allen Inschriften grinst mir das Wort „Wiedersehen“ entgegen. Wir fallen die Worte Sohn Henry Madays ein:

Dann künde noch der letzte Schrei, der schrille, dann künde noch des Herzens letzter Schlag: Ich glaube nie an einen Gott da oben, den Lügner oder Lören nur uns geben, ich sterbe — und ich wüßte nichts zu loben — vielleicht nur eins: daß wir nur einmal leben!! Eine Inschrift fällt mir unter den vielen auf, schlicht und einfach steht darauf:

Hier ruhet in Frieden unsere unvergessliche Tochter, Schwester und Schwägerin
M.

Nichts von Gott, nicht jenes un mö g l i c h e „Wiedersehen.“ In diesem Grab ruht ebenfalls ein junges Mädchen von siebzehn Jahren. Sie ist freiwillig aus dem

Leben geschieden. So sagt man ihm. Die Kirche verbiete (?? D. R.), bei Selbstmördern auf den Grabinschriften das Wort „Gott“ anzubringen. Welch sonderbare Weisheit! Sie gibt aber dem Verfasser wieder Veranlassung, über die „Christliche Toleranz“ herzufallen. Schließlich meint er dann: „Ich wende mich empört ab und bin froh, daß ich längst alle Brücken zwischen mir und jenem Christentum abgebrochen habe; ich heuchle nicht mit und glaube an und hoffe auf kein „Wiedersehen“.

So der „Textilarbeiter“. Unsere Mitglieder werden gut tun, diese Äußerungen aufzubewahren und sie gelegentlich zu verwerten. Vor allem sollen sie jenen Agitatoren des sozialdemokratischen Verbandes um die Ohren geschlagen werden, die es aus taktischen Gründen immer noch für gut finden, religiöse Neutralität zu heucheln.

Der Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter hielt vom 20. bis 23. Oktober in Hannover seine sechste Generalversammlung ab. Aus dem Jahresberichte ergibt sich, daß der Verband in den Jahren 1910/11 eine Mitgliederzunahme von 2415 hatte und mit 16267 Mitgliedern abschloß. Die Einnahmen betragen 587 066,42 Mark und die Ausgaben 554 425,91 M. Das Verbandsvermögen betrug am 1. Januar d. J. 72 079,38 M. An Lohnbewegungen und Streiks waren 11 299 Mitglieder beteiligt. Die erreichten Lohnerhöhungen betragen 723 639,42 M., die Arbeitszeitverkürzung 458 794 Stunden. Der bisherige Zentralvorsitzende Oswald erklärte in Rücksicht auf seine Arbeiten im Interesse der bayerischen Staatsarbeiter als Abgeordneter auf eine Wiederwahl als Zentralvorsitzender verzichten zu müssen.

Es wurde beschlossen, die Staats- und Gemeindearbeiter von den Industriearbeitern zu trennen und für diese Arbeiter einen eigenen Verband zu bilden. Der neue Titel des Verbandes für Industrie- und Verkehrsarbeiter soll in Zukunft lauten: Zentralverband christlicher Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter Deutschlands. Für die Militär-, Forst-, Gemeindefabrik- und Straßenbahner sollen in der nächsten Zeit eigene Konferenzen stattfinden, in welchen die neue Organisationsform festgelegt werden soll. Der Verbandstag nahm eine Reihe organisatorischer Reformen vor. So wurde neben den regelmäßigen Wochenbeiträgen der Bezirksbeitrag allgemein auf 10 Bfg. pro Woche festgelegt und die Unterstellungen in einigen Positionen erhöht. — Zum ersten Vorsitzenden des Verbandes wurde der bisherige zweite Vorsitzende Tremmel und zum zweiten Vorsitzenden der Bezirksleiter Kuhn-Frankfurt gewählt. Die Redaktion des Verbandsorgans bleibt in den Händen des bisherigen Redakteurs Frankenberg. — Der Sitz des Verbandes soll in Wschaffenburg bleiben.

Auf der Generalversammlung wurden auch zwei Vorträge gehalten, und zwar über: „Die Bedeutung der Tarifverträge für den Verband“ und „Die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter in der chemischen Industrie und die Aufgaben der Beschaffung dieser Gefahren gegenüber“. Zum letzten Vortrage wurde eine entsprechende Resolution angenommen. Als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wohnte der Reichstagsabgeordnete Schiffer den Verhandlungen bei.

Ein Streifbrechervermittler vor Gericht. In den letzten Jahren tauchten hier und da Personen auf, die die Vermittlung von Streifbrechern berufsmäßig betrieben. Ueber die moralische Qualifikation dieser Leute und der von ihnen vermittelten Arbeiter gibt ein dieser Tage vor der Strafkammer zu Hamburg verhandelter Prozeß interessanten Aufschluß. Der Stellenvermittler L. E. Knoch in Hamburg, der auch die Vermittlung von Streifbrechern übernahm, hatte sich vor Gericht wegen Betrugs zu verantworten. Die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 11841 1912) schildert den Hergang wie folgt:

„Knoch hat in vielen Zeitungen angezeigt, daß er jederzeit für alle Betriebe Arbeitswillige zu beschaffen in der Lage sei. Eine im vorigen Jahre bestreite Schuhfabrik in Breslau wandte sich an den Angeklagten zur Lieferung von 37 Schuhmachern. Diese Leute trafen in Breslau ein, es stellte sich aber sofort heraus, daß nur zwei von ihnen Schuhmacher waren, während die übrigen keine Ahnung von dieser Arbeit hatten. Ferner war im Januar v. J. in einer Stofffabrik in Würge bei Offenbach ein Ausstand ausgebrochen, und Knoch bekam von dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe den Auftrag, Spezialarbeiter an die Stofffabrik zu schicken. Es kamen denn auch 45 Leute dort an, von ihnen waren aber 36 vollkommen unbrauchbar, während neun allerdings im Holzgewerbe schon tätig gewesen waren, aber von der Arbeit in einer Stofffabrik nichts wußten. Unter den gelieferten Arbeitern befanden sich Schlachter, Hausdiener, Sattler, Berufslose und Schauspieler. Endlich fand noch der dritte Fall zur Verhandlung, wobei es sich um die Lieferung von 50 arbeitswilligen Metallarbeitern an eine bestreite Wagenfabrik in Stolp handelte. Allein, alle diese Leute waren gänzlich unbrauchbar und mußten ohne Säumen wieder abgelassen werden. Es wurde eine protokolllarische Befundung dieses Fabrikanten verlesen, woraus hervorging, daß die ihm vom Angeklagten gefandenen Leute sehr bedenkliche Elemente gewesen seien, darunter richtiges Gefindel. Dieser Zeuge berechnet den ihm durch Knoch's Lieferung zugefügten Schaden auf rund 1000 M. Der Schaden in den andern Fällen wurde mit zusammen 1500 M. angegeben. Der Angeklagte räumte ein, daß unter den von ihm versandten Arbeitswilligen wohl auch „nicht ganz gelehrte“ Arbeiter gewesen sein mochten, doch habe er nichtsdestoweniger die Ueberzeugung gehabt,

daß sie als Maschinenarbeiter zu verwenden gewesen seien. Ein früherer Angestellter Knoch's befandete, verschiedentlich seien die angeworbenen Leute veranlaßt worden, sich neue Invalidenkarten zu beschaffen, und in diese hätten sie dann gerade die Berufsbezeichnung eintragen lassen, die dem jeweiligen Lieferungsbeauftragten entsprach. Ein anderer Zeuge sagte, sein Sohn sei Viehwärter, die ihm verschaffte neue Karte habe ihn aber als „Schuhmacher“ ausgewiesen. Das Urteil lautete wegen vollendeten Betrugs in allen diesen Fällen auf acht Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust.“

Es ist dies ein Beweis, daß es auch für einen Unternehmer weit vernünftiger ist, mit den eigenen Arbeitern zu verhandeln und unter Berücksichtigung ihrer berechtigten Interessen eine Verständigung mit ihnen anzubahnen, wie sich mit derartigen zweifelhaften Individuen, vom Schlage Knoch's, einzulassen.

Die „Neutralität“ des Arbeiterradfahrerbundes „Solidarität“. Der „Arbeiterradfahrer“, das Organ des „neutralen“ Arbeiterradfahrerbundes „Solidarität“, macht sich in seiner Nr. 389 vom 15. Okt. 1912 einen Artikel der sozialdemokratischen „Chemnitzer Volksstimme“ (Nr. 231 v. 4. Okt. 1912) zu eigen, in dem die stramme Handhabung des deutschen Vereinsgesetzes gegenüber der freien Jugendbewegung und den „neutralen“ Arbeitervereinen besprochen wird. Es heißt darin:

„Die einzig richtige Antwort aller Arbeiter, die von irgendwelchen derartigen Maßnahmen noch betroffen werden, heißt Kirchenaustritt. Das ist der Weg zur Abwehr und Hilfe, und auf einen Schelmen setze man andershalb! Wo ein Arbeiter oder sein Kind von solchen Schikanen betroffen wird, da trete er nicht allein, sondern mit seiner ganzen Familie aus der so toleranten, liebenden christlichen Kirche aus — wollen sehen, wer gewinnt: Millionen Kirchenaustritte gegen hunderttausend Strafbefehle! Das ist der Weg!“

Dieser Aufforderung zum Austritt aus der Kirche fügt der „Arbeiterradfahrer“ folgende Sage an:

„Wir haben dem Artikel weiter nichts hinzuzufügen als die Bemerkung, daß die Schlussfolgerung unseren ungeteilt Beifall findet, selbst auf die Gefahr hin, daß die gesamte reaktionäre, blaue und schwarze Presse — die „Concordia“, das Organ des christlichen Radfahrerverbandes (in Bamberg), eingeschlossen — uns und unseren Bund zum so und sovielen Male als sozialdemokratisch und kirchenfeindlich auschreit!“

Der Arbeiterradfahrerbund „Solidarität“ will angeblich eine rein sportliche Vereinigung sein, die sowohl in parteipolitischer als auch in konfessioneller Hinsicht auf vollständig neutraler Grundlage beruht. Mit diesem Neutralitätsmantel umhüllt, gehen die Werber des Bundes auf Mitgliederfang aus. Es ist ihnen vielfach recht leicht geworden, die jungen radfahrenden Leute zu gewinnen, so daß der Bund heute nicht weniger als 175 000 Mitglieder zählt. Hätten unsere Leute und die bürgerlichen Kreise Augen und Ohren offen gehalten, würden sie den Wolf im Schafspelz erkannt und seine süßen Reden richtig gewürdigt haben. Denn in Wirklichkeit ist dieser Bund sozialdemokratisch, er bekennet sich ganz und gar zur Weltanschauung des Sozialismus und seine Mitglieder werden dazu benützt, die sozialistische Idee auszubreiten, bei Flugblattverteilungen, Wahlen und anderen Begebenheiten in dem Dienste der Sozialdemokratie zu arbeiten. Der Arbeiterradfahrerbund „Solidarität“ stellt die Kavallerie der sozialdemokratischen Partei dar.

Dem Bunde gegenüber hat sich eine Arbeiterradfahrervereinigung auf christlich-nationaler Grundlage gebildet. Es ist der deutsche Rad- und Motorfahrerverband „Concordia“ (Bamberg), der bereits viele Mitglieder zählt, ein gutes Verbandsblatt und vorzügliche Unterstützungseinrichtungen besitzt. Er möge in unseren Kreisen allseitig tatkräftige Unterstützung finden, damit wir in ihm eine flotte und kräftige Kavallerie der christlich-nationalen Arbeiterbewegung besitzen.

Aus unserer Industrie.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat September berichtet das soeben erschienene Oktoberheft des „Reichsarbeitsblattes“:

Die Lage der Baumwollspinnereien war nach Berichten aus Westfalen, Sachsen, Hannover, Schlesien, aus dem Elsaß und aus Süddeutschland im allgemeinen befriedigend und etwas besser als im Vormonate. Die Preise des Rohmaterials sind langsam gestiegen. Es trat eine gute Nachfrage nach Baumwollfabrikaten und Garnen ein. Die im Vergleich zum Vormonate lebhaftere Beschäftigung wird auf zahlreiche, größere neue Abschlüsse zurückgeführt, was seinen Grund darin hat, daß schlechtere Erntenachrichten die bis jetzt zurückhaltende Kaufkraft zu Bestellungen veranlaßte.

In der Baumwollweberei ist nach den Berichten des Verbandes schlesischer Textilindustrieller die Beschäftigung im September noch ausreichend gewesen.

In der schlesischen Leinenindustrie war die Nachfrage nach Garnen reger; infolgedessen konnten auch die Preise allmählich gesteigert werden, so daß wenigstens Verluste bei der Herstellung vermieden werden konnten. Berichte über die Berliner Leinenindustrie bezeichnen den Geschäftsgang als regelmäßig, zum Teil sogar gut.

Die Webereien wollener Damenkleiderstoffe waren nach einem Berichte des Verbandes Sächsisch-

Thüringischer Webereien lebhaft beschäftigt. Gegenüber dem Vormonat sind sich die Verhältnisse im allgemeinen noch gleich geblieben, doch leiden die Ausfuhrartikel für den Balkan unter den gegenwärtigen politischen Wirren.

Die Tuchfabrikation war im allgemeinen befriedigend beschäftigt. Manche Berichte schildern die Lage als besser im Vergleich zum Vormonat, andere als verschlechtert. Im allgemeinen hat sich nach einem Bericht eines westdeutschen Vereins die Hoffnung auf einen besseren Geschäftsgang infolge des größeren Verbrauchs von Kammgarnstoffen und des Zurücktritts der Cheviotmode erfüllt.

Die Färberei- und Seidenweberei hatte ziemlich gut zu tun, wenn auch die Lage des Samtbandartikels nach wie vor als ungünstig bezeichnet wird. Der Geschäftsgang in Strickgarnen war sehr flott, hatte aber gegen den Vormonat, welcher den Hauptlieferungsmonat im Jahre darstellte, eine Verschlechterung erfahren; gegen das Vorjahr war jedoch ein wesentlicher Aufschwung zu erkennen.

Indessen beeinflussten die Bitterung die Beständigkeit des Baumwollmarktes und die kriegerischen Verwicklungen die Lage recht ungünstig. Es herrschte nach wie vor Mangel an geübten Webern. In einzelnen Bezirken traten infolge der Lebensmittelerhöhungen Lohnerhöhungen ein.

Der Geschäftsgang in Möbelstoffen, Tischdecken und Portieren war nach einem Berichte des Vereins zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Webwarenfabrikanten für Chemnitz und Umgebung gut und gegen den Vormonat besser, was auf den um diese Zeit üblichen Eingang größerer Aufträge zurückzuführen ist.

Die Rigogne-Spinnerei hatte ausreichend zu tun, wenn sie auch unter Knappheit an weiblichem Arbeitspersonal zu leiden hatte.

In Strickwaren war das Geschäft flott und hat infolge der herbstlichen Bitterung gegenüber dem Vormonat eine Besserung erfahren. Auch die Lage in der Herstellung von Ricotowaren war befriedigend und etwas besser als im Vormonat.

In der Stickerei- und Spitzenindustrie sind nach einem Berichte des Fabrikantenvereins der sächsischen Stickerei- und Spitzenindustrie zu Plauen die Verhältnisse im wesentlichen unverändert geblieben. Es herrschte nach wie vor Arbeitermangel.

Die Koffhaarspinnereien hatten nach einem Berichte des Verbandes deutscher Koffhaarspinner normal zu tun und waren besser beschäftigt als im Vorjahr.

In den Stoffdruckereien war nach einem Berichte des Syndikats der Stoffdrucker von Mülhausen und Umgebung die Beschäftigung ziemlich gut.

In der Bleicherei, Färberei und Appretur ist gegenüber dem Vormonat im September ein Nachlassen der Beschäftigung beobachtet worden.

Der Geschäftsgang für Posamenten war sehr schlecht, da die Mode diese Artikel weniger begünstigt. Es mußte infolge schlechten Geschäftsganges zum Teil die Arbeitszeit verkürzt werden.

Aus der Textilindustrie berichteten 446 Betriebskrankenkassen mit 93 759 männlichen und 111 233 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. September ergab sich am 1. Oktober eine Zunahme der versicherungspflichtigen männlichen Mitglieder ohne Kranke um 304 und eine Abnahme der weiblichen Mitglieder um 54.

Von 100 Mitglieder nachfolgender Verbände waren arbeitslos:

	Mitgliederzahl	September 1912	September 1911	August 1912
Textilarbeiter (G.)	139 742	0,6	1,0	0,9
Textilarbeiter (Gh.)	39 888	0,5	1,4	0,8
Textilarbeiter (S.-D.)	6 180	—	1,2	1,5

Amerikanische Baumwollernte 1912.

Die Hauptziffer des Washingtoner September-Berichts wurde bereits an dieser Stelle veröffentlicht und eingehend gewürdigt. Aus dem jetzt bekanntwerdenden Einzelangaben ist zu ersehen, daß ebenso wie der Bericht des Journal of Commerce auch der Regierungsbericht in allen Stufen eine Verschlechterung des Baumwollstandes feststellt. Nur das Ausmaß dieser Verschlechterung unterscheidet sich zum Teil wenigstens nach dem Ackerbaubericht sehr wesentlich von dem des Journal of Commerce; es spielt demnach das subjektive Moment bei den Urteilen der Abnehmer doch eine zu wesentliche Rolle, als daß es bei der Beurteilung dieser Berichte überhaupt außer acht gelassen werden dürfte. Am schärfsten tritt dies zutage bei den Notizen für Alabama. Für diesen Staat stellt das Ackerbauamt eine Verschlechterung im September um 15%, als einen Rückgang des Standes von 84% im August auf 69%, im September fest, während das Journal of Commerce für diesen Staat nur einen Rückgang um 7,8%, nämlich von 82,8% auf 75%, ermittelt; das ist etwa nur die Hälfte der Verschlechterung laut Ackerbaubericht. Washington stellt an fürchten Rückgängen noch fest: Arkansas 9%, Tennessee 8%, Alabama und Mississippi 7%, Süd- und Nord-Carolina, Georgia und Louisiana je 5%, und für Texas nur 1%. Letzteres ist tatsächlich eine recht günstige Feststellung und auch die Note für Texas ist mit 75% gegen 71% im September des Vorjahres, 63% vor zwei Jahren und ebenso 63% in zehnjährigem Durchschnitt recht befriedigend. Trotzdem ist man vielfach der Ansicht, daß Texas nicht eine solche Ernte einbringen wird wie im Vorjahr (4,3 Mill. Ballen). Es sollen nämlich vielfach die Baumwollkapseln abfallen, und dann haben sich infolge der großen Hitze auch die Kapseln

fast im ganzen Staate zu gleicher Zeit geöffnet. Aber das Pflücken wird verzögert durch den Mangel an Arbeitskräften, und auch Mangel an Wagen usw. macht sich fühlbar. Unter diesen Umständen würde ein allgemeiner schwerer Regen oder starker Wind der Ernte in Texas sehr großen Schaden zufügen, aber auch ohne dies geht unter den obigen Verhältnissen unzweifelhaft schon viel Baumwolle verloren. Daß aber das Pflücken trotzdem rasche Fortschritte macht, ergibt sich aus den Angaben des bereits mitgeteilten Entföhrungsberichts des Censusamts für Texas, wonach in diesem Staate bereits 2 002 000 B. (i. B. 1 668 000 B., 1910 1 263 000 B., 1909 1 062 000 B. und 1908 967 000 B.) bis zum 24. September d. J. entföhrt sind. Auf Rechnung des Staates Texas allein ist demnach die hohe Entföhrungsziffer für die ganze Baumwollzone zu setzen, die bekanntlich 3 015 000 B. betrug; in allen andern Staaten bleibt die Entföhrungsziffer gegen frühere Jahre stark zurück. In den einzelnen Staaten ergibt sich jetzt im Vergleich zu den Vorjahren folgendes Bild vom Pflanzenstand.

	Anbau in 100 Acres		Durchschnittsstand am 25. 10jähr. Du.-ch-					
	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1911	
Nord-Carolina	1558	1657	87	83	80	75	70	77
Süd-Carolina	2604	2800	83	79	75	73	68	73
Georgia	5021	5579	74	72	68	70	65	79
Florida	288	318	75	76	75	73	65	71
Alabama	3720	4043	74	76	73	75	68	73
Mississippi	3049	3426	72	74	68	70	63	67
Louisiana	1062	1118	69	74	76	74	69	66
Texas	10927	11 150	86	89	84	76	75	71
Arkansas	2198	2470	73	77	74	77	68	70
Tennessee	799	850	74	76	71	76	68	77
Oklahoma	2711	3081	78	82	80	84	69	60
Missouri	110	132	74	75	75	78	72	80
Virginia	43	44	89	87	85	80	70	87
California	12	13	96	98	99	95	90	100
Insgesamt	34097	36681	78,9	80,4	76,5	74,8	69,6	71,1

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten. Gera.

Eine große Aussperrung angekündigt. Am 18. Oktober erreichten die Herrenstoffsweberei der Firma Lummer, Bach u. Ramminger ihre Kündigung ein, nachdem Verhandlungen über Lohnerhöhungen mit der Firma keine Einigung gebracht hatten. Bei der allgemeinen, wie man sagt, „freiwilligen“ Lohnerhöhung des Rohwarentarifs sind die Herrenstoffsweberei leer ausgegangen. Die Ortsgruppe Gera des „Sächsisch-Thüringischer Webereiverbandes“ verfügte nun durch folgenden Anschlag die Kündigung aller Stuhlarbeiter in Gera:

„Bei der Firma Lummer, Bach und Ramminger, hier, hat am Freitag, den 18. Oktober eine Massenkündigung von seiten der Stuhlarbeiter stattgefunden, nachdem erhöhte Lohnforderungen von seiten der Firma zurückgewiesen werden mußten, da schon Löhne bezahlt werden, welche zum Teil über den Mindestlohn tarif vom 4. Oktober hinausgehen. Die Kündigung der Arbeiter ist bisher nicht zurückgezogen worden. Demnach wird nach Ablauf der Kündigung am Freitag, den 25. d. M., ein Teil des Lummer, Bach und Ramminger'schen Betriebes zum Stillstand gelangen. Wir geben deshalb hiermit bekannt, daß wir vertragsmäßig uns genötigt sehen, am Freitag, den 25. Okt. d. J. allen unseren Stuhlarbeitern die Kündigung für Freitag, den 1. November d. J. auszusprechen, falls die Massenkündigung bei der Firma Lummer, Bach und Ramminger aufrecht erhalten wird.“

Gera, den 25. Oktober 1912.
Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien e. V.
Ortsgruppe Gera.
Eugen Rudelschel, Vorsitzender.“

Als trotz dieser Maßregel die Arbeiter den Streik aufnahmen, sprang der gesamte Webereiverband durch folgenden Verbandsbeschluss der Ortsgruppe Gera und der beizustimmten Firma bei:

„Die gestrige außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien, in welcher von 296 Firmen 273 vertreten waren, beschloß einstimmig, in sämtlichen Verbandsbetrieben, abgesehen von der Ortsgruppe Gera, welche die Kündigung den Stuhlarbeitern gegenüber bereits für den 1. November d. J. ausgesprochen hat, allen Stuhlarbeitern das Arbeitsverhältnis für den 8. November a. c. aufzukündigen. Die Maßnahme soll jedoch nicht zur Ausführung kommen, falls die in Gera in Ausübung getretenen Arbeiter bis zum 1. November d. J. die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen haben. Um erneuten ähnlichen Störungen, wie sie durch die in Gera vorgekommene Arbeitsüberlegung hervorgerufen wurde, künftig möglichst rasch und wirksam entgegen zu treten, ermächtigte die Versammlung ebenfalls einstimmig für die Dauer eines bestimmten Zeitraumes den Vorstand, nach seinem Ermessen, ohne vorherige Einberufung der Ortsgruppen oder der Mitgliederversammlung vorkommenden Falles die alsbaldige Schließung der Betriebe, sei es einer einzelnen Ortsgruppe, sei es des ganzen Verbandes, verfügen zu können.“

Die „Greizer Zeitung“ erzählt aus Gera, daß sichere Hoffnung besteht, daß die Differenzen bei der Firma Lummer, Bach und Ramminger beigelegt werden, so daß die beschlossene Kündigung aller Stuhlarbeiter im Verbandsgebiet der Sächsisch-Thüringischen Webereien nicht Wirklichkeit werden dürfte.

M. Gladbach.

Einen schönen Erfolg haben die Weber der Firma Greben u. Herber, Siamosenweberei, zu verzeichnen. Die Weber trugen der Firma verschiedene Wünsche vor, welche die Erziehung der Lohndarstellungen durch Lohnbücher, Vergütung für schlecht zu verarbeitendes Material und Entschädigung für Warten betrafen. Die Firma kam den Arbeitern entgegen und bewilligte die beiden ersten Wünsche, wie sie vorgebracht

würden. Bezüglich des letzten Punktes fand eine die Arbeiter befriedigende Verständigung statt.

Mögen die Weber auf die Belegschaft ein nachsames Auge halten, damit der Betrieb auch in Zukunft „aktionsfähig“ bleibt. Sicher ist anzunehmen, daß das gute Organisationsverhältnis der Arbeiter zu diesem Entgegenkommen viel beigetragen hat.

Lüttringhausen.

Der Streik der Wandwirkergefelln bei der Firma A. u. D. Halbach ist nach vierwöchiger Dauer beendet worden. Durch Vermittlung und unter dem Vorsitz des Herrn Gewerbeinspektors Grün aus Lennep fanden Verhandlungen statt, die zur Annahme des Gefellenlohntarifs führten.

Der abgeschlossene Tarifvertrag gilt bis zum 31. Dezember 1913. Er bringt den Gefellen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden pro Woche und eine Erhöhung der Stundenlöhne von 30 auf 42 1/2 Pf. und noch eine Reihe weiterer Verbesserungen. Da die Gefellen nun schon seit einem Jahre bei den fortgesetzten Differenzen die Anerkennung der Gefellenlohnliste forderten, so hätte sich der Kampf vermeiden lassen, wenn die Firma die jetzt getroffenen Vereinbarungen vorher eingeleitet hätte. Sämtliche Streikende werden wieder eingestellt, und es wird jetzt hoffentlich Ruhe und Frieden zwischen den Parteien für längere Dauer gesichert sein.

Die Gefellen dankten den guten Ausgang des Kampfes vor allem ihrem treuen und festen Zusammenhalten. Vierfünftel der organisierten Streikenden gehörten unserem Verbands an. Hoffentlich ziehen die noch unorganisierten Wandwirkergefelln anderer Betriebe, in denen man zum Teil noch in letzter Zeit ganz bedeutende Lohnkürzungen gemacht hat, aus dem Verlauf dieser Bewegung die richtige Lehre und schließen sich unserem Verbands an.

Den streikenden Gefellen wäre bei den gegenwärtigen ungünstigen Verhältnissen ein voller Erfolg kaum beschieden gewesen, wenn nicht auch die Sympathien der meisten hausgewerblichen Wandwirker auf ihrer Seite gewesen wären, die durch die aufklärenden Notizen im Organ des Wandwirkermeisterverbandes ausgelöst worden waren. Ein besseres Sichverstehenlernen und eine gegenseitige, wenn auch nur passive Unterstützung bei Differenzen mit den Fabrikanten, soweit gemeinsame Interessen der Fabrik- und Hauswandwirker zu verteidigen sind, ist in beiderseitigem Interesse für die Zukunft dringend geboten. Herrn Gewerbeinspektor Grün für seine vermittelnde Tätigkeit auch an dieser Stelle unsern besten Dank.

Zittau.

Lohnbewegung in der Zittauer Textilindustrie. Endlich regt sich auch die Zittauer Textilarbeiterschaft. Wer ihre Verhältnisse kennt, muß dieses als eine erfreuliche Erscheinung betrachten. Jeder objektive Beurteiler muß ohne Bedenken bestätigen, daß die Lage der hiesigen Textilarbeiter sehr verbesserungsbedürftig ist. Auf die tieferen Ursachen und einige Begleiterscheinungen der Bewegung kommen wir später zurück. Für heute wollen wir uns begnügen, den bisherigen Verlauf der Bewegung darzustellen.

Am 25. September fand in Zittau eine vom „deutschen“ Textilarbeiterverband einberufene öffentliche Textilarbeiterversammlung statt. In derselben wurde — wenn man nach dem Bericht der Tageszeitungen urteilen will — bekannt gegeben, daß die Ortsverwaltung Zittau des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes nachstehende Forderungen an die Zittauer Unternehmer eingereicht habe:

1. Die gegenwärtig geltenden Akkord-, Tage- und Wochenlohnätze um 20 Prozent zu erhöhen.
2. Bei Über- und Sonntagsarbeit um 30 Prozent.
3. Bezahlung der Zeit bei Warten auf Material und Reparaturen, die länger als zwei Stunden in Anspruch nehmen.
4. Bei Verarbeitung von schlechtem Material dieses in Zukunft im Stundenlohn vornehmen zu lassen.
5. Den Arbeitschluß an Sonnabenden für alle Arbeiter und Arbeiterinnen am mittags 2 Uhr festzusetzen.
6. Die Akkordlohnlisten in jedem Arbeitsraum auszuhängen.
7. Wünscht die Arbeiterschaft, daß Schuhuhren an den Werkstätten angebracht werden.
8. In jedem Betrieb einen Arbeiterausschuß durch die Arbeiterschaft wählen zu lassen.

Diese Forderungen wurden vom Reichstagsabgeordneten Genossen Krähig-Verlin begründet. Die Industriellen wurden ersucht, bis zum 10. Oktober Antwort zu geben. Am 10. Oktober veröffentlichte die „Zittauer Morgen-Zeitung“ folgendes Schreiben:

„Die Ortsgruppe Zittau-Reichenau des Verbandes von Arbeitgeberern der Sächsischen Textilindustrie schreibt uns: Durch die Presse ging in letzter Zeit die Nachricht, die Textilarbeiterschaft von Zittau und Umgebung sei in eine Lohnbewegung eingetreten. Diese Darstellung ist nicht richtig. Tatsächlich handelt es sich um folgendes: Die Ortsgruppe Zittau-Reichenau des Verbandes von Arbeitgeberern der Sächsischen Textilindustrie erhielt von der Ortsverwaltung Zittau des Deutschen Textilarbeiterverbandes, dem nur ein kleiner Teil der Textilarbeiter angehört, ein Schreiben, in welchem Wünsche auf eine sehr weitgehende Aenderung der zurzeit geltenden Arbeitsbedingungen angebracht wurden. Die Arbeitgeber-Verbandsgruppe hat daraufhin nachstehendes Schreiben an die Ortsverwaltung des Textilarbeiterverbandes gerichtet:

„Wir erhielten Ihr Schreiben vom 24. September 1912 und teilen Ihnen antwortlich desselben mit, daß wir Personen, welche nicht in unseren Betrieben beschäftigt sind, nicht für befugt halten können, Wünsche auf Aenderung der bei uns geltenden Arbeitsbedingungen anzubringen oder zu vertreten. Diesen Standpunkt aufzugeben, fühlen wir uns ungenötigt veranlaßt, als in der letzten Zeit in hiesiger Gegend Flugblätter verteilt worden sind, in denen die Fabrikanten in der gräßlichsten Weise beschimpft werden. Diese Flugblätter zeichnet derselbe Herr Otto Gansch verantwortlich, der auch

das an uns gerichtete Schreiben vom 24. September 1912 mit unterfertigt hat. Unseres Erachtens ist für ein gedeihliches Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unerlässliche Voraussetzung, daß beide Teile jederzeit den ersten Willen haben, etwaige Gegensätze in friedlicher Weise auszugleichen. Die erwähnten Flugblätter zeigen sehr deutlich, daß diese Anschauung von Ihnen nicht geteilt wird.

Hochachtung
Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie zu Chemnitz,
Ortsgruppe Zittau-Reichenau.

H. A. Rechtsanwält Bachhaus, Reichenau.
Bereits im Frühjahr dieses Jahres hat sich der Vaterländische Arbeiter-Unterstützungsverein für Zittau und Umgebung an die Arbeitgeber-Verbandsgruppe gewendet und Wünsche um Aufbesserung der Arbeitslöhne angebracht. Damals wurde in Aussicht gestellt, daß man dieses Ersuchen von Fall zu Fall berücksichtigen würde, sobald die Geschäftslage eine Aufbesserung der Löhne gestattet. Diesen Standpunkt vertritt die Arbeitgeber-Verbandsgruppe auch heute noch. Bedauerlicherweise aber haben die Betriebe der Zittauer Gegend infolge der herrschenden Damenmode immer noch unter einem nun schon Jahre anhaltenden schweren Darniederliegen des Geschäfts zu leiden. Wenn die im Interesse aller Beteiligten dringend zu wünschende Besserung der Verhältnisse eintritt, wird die Lohnfrage, ohne daß es eines Eingreifens Außenstehender bedarf, innerhalb der Arbeitgeber-Verbandsgruppe erneut zur Erörterung gestellt werden. Die Unterlagen für diese Erörterungen sind bereits bearbeitet worden.

Um zu dieser Antwort Stellung zu nehmen, berief der „deutsche“ Verband für den 19. Oktober eine zweite öffentliche Textilarbeiterversammlung ein. Der Gauleiter Zwahr-Neugersdorf hatte das Referat. Er ging auf das Schreiben der Unternehmer näher ein und bemerkte, daß auch die Ortsgruppe Zittau der Textilarbeiter der sächsischen Dunderischen Gewerkschaften die Forderungen unterstützen. Zunächst wolle man weitere friedliche Mittel versuchen. Sollte man jedoch auf diesem Wege nicht zur Einigung kommen, so müßte das letzte Mittel, der Kampf, entscheiden. In der Diskussion sprach von unserem Verband Kollege Pieter. Er zeigte die Entwicklung und den Aufschwung der hiesigen Textilindustrie. Verschiedene Faktoren hätten daran mitgewirkt. Nicht zuletzt der Arbeiterstand. Seine Selbständigkeit und größtenteils auch sein Familienleben habe er opfern müssen. Die viele Frauenarbeit sei kein erfreuliches Zeichen der hiesigen Textilindustrie. Einen entsprechenden Anteil an den steigenden Ergebnissen des gemeinsamen Schaffens habe die Arbeiterschaft nicht erhalten. Unsererseits würde emsig mitgearbeitet werden, die Arbeiter zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Da die Unternehmer es ablehnen, mit Verbandsbeamten zu verhandeln, trat Genosse Hänisch vom „Deutschen“ Verband von der Lohnkommission zurück. Zum Schluß machte der Versammlungsleiter den Vorschlag, eine gemeinsame Kommission, bestehend aus den drei in Betracht kommenden Organisationen, zu bilden. Diefelbe soll jetzt mit den Arbeitgebern verhandeln. Wir kommen auf den weiteren Verlauf der Bewegung noch zurück.

Aus unseren Bezirken.

Ordnentliche Bezirkskonferenz des Bezirks Baden.

Unser Bezirk hielt am 20. Oktober im alkoholfreien Restaurant Clacahof in Basel, seine diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz ab. Erschienen waren aus 21 Ortsgruppen 40 Delegierte; nur 4 kleinere und weitentfernte Gruppen fehlten entschuldigt. Als Vertreter des Zentralvorstandes nahm Kollege Franz Fischer-Düsseldorf an der Tagung teil.

Als Schriftführer wurde Kollege Martin Wasmer-Waldkirch gewählt und als Beisitzer die Kollegin Emilie Süß-Tengen, Karl Wasmer-Säckingen und Hermann Held-Schnau.

Hierauf erstattete Bezirksleiter Kollege Kümmele den Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Juli 1911 bis 1. Juli 1912. Darnach sind im christlichen Textilarbeiterverband Badens Arbeiter aus allen Branchen der heimischen Textilindustrie, wie Baumwollspinnerei und -Weberei, Seidenband- und Seidenstoffweberei, Tuch-, Plüsch-, Teppich- und Gummibandweberei, Seibengazweberei, Färberei, Druckerei und Appretur, vertreten. Der Geschäftsgang ging in der Berichtszeit auf und ab, hat sich aber im allgemeinen gebessert. Nur in der Seidenband- und in der Gummibandindustrie ist die Ungunst der Mode noch sehr fühlbar. Gerade die Arbeiter der Gummibandbranche müssen sehr viel feiern und haben dadurch einen erheblichen Lohnausfall. Die Zahl der Ortsgruppen ist von 21 auf 25 gestiegen. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 1912 1636. Die Gesamteinnahmen des Bezirks betragen 25 697,50 M., davon verblieben den Ortsgruppen 3853,25 M. An die Zentralkasse wurden abgeführt 16 864,69 M. An Unterzählungen wurden ausbezahlt 5166,60 M.; und zwar an Krankenunterstützung 2911,89 M.; an Arbeitslosenunterstützung 1227,20 M.; Reiseunterstützung 79,71 M.; Sterbeunterstützung 250,— M.; sonstige Unterzählungen 697,80 M. Die Lokalkassen weisen einen Betrag von 1642,49 M. auf.

In der Berichtszeit wurden 11 Lohnbewegungen geführt, und zwar in sechs Fällen allein und in fünf Fällen mit dem „freien“ Textilarbeiterverband gemeinsam. Von den Bewegungen waren zwei ganz erfolgreich, sechs teilweise erfolgreich und drei erfolglos. Für die beteiligten Arbeiter beträgt der Mehrerdienst 60 Pfg. bis 2,50 Mark wöchentlich, oder insgesamt etwa 50 000 M. pro Jahr. In einem Falle wurde schriftlich ein Tarifvertrag für die Dauer eines Jahres vereinbart, es ist dies der erste schriftlich vereinbarte Tarifvertrag im badischen Textilgewerbe. Alle Bewegungen konnten ohne Streit erledigt werden. Die einzelnen Punkte des Geschäftsberichtes, lösten eine rege Diskussion aus.

Nach der Mittagspause referierte Kollege Franz Fischer-Düsseldorf über die Beschlüsse des Elberfelder Verbandstages. Dort wurden einige Auswüchse im Unterstützungswesen beseitigt und einstimmig beschlossen, ab 1. Januar 1913 zur Deckung der örtlichen Unkosten einen Lokalbeitrag von wöchentlich 5 Pfennig zu erheben, wodurch die Zentralkasse eine wesentliche Stärkung erfährt. Die Tatsache, daß bereits in allen badischen Ortsgruppen der Lokalbeitrag durchgeführt worden ist, bedeutet ein Zeichen starker Opferwilligkeit in der christlichen Textilarbeiterschaft. Anschließend daran sprach Kollege Pieter-Säckingen über die Herbst- und Winterarbeit und behandelte die darauf bezüglichen Beschlüsse des Verbandstages. Beide Referenten ernteten lebhaften Beifall und in der Diskussion, an der sich viele Kollegen und Kolleginnen beteiligten, wurde noch manche gute Anregung gegeben.

Bei der Wahl des Bezirksvorsitzenden wurde Kollege Ernst Kümmele einstimmig wiedergewählt. Er dankte für das Vertrauen und versprach, alles zu tun, um den Bezirk vorwärts zu bringen und hat, daß ihn hierin alle Kollegen und Kolleginnen unterstützen möchten.

Einmütig waren alle in dem Wunsche, daß wir im kommenden Jahre noch besser abzuwickeln müssen als bisher. Kollege Kümmele forderte alle Delegierten nochmals auf, in den Ortsgruppen Bericht zu erstatten und sofort in die Werbearbeit einzutreten und dafür zu sorgen, daß die Anregungen und Beschlüsse verwirklicht werden. Mit einem kräftigen Hoch auf unseren Verband und den badischen Bezirk wurde die Konferenz geschlossen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Dingelstädt. (Sächs.). Besprechung über die Einführung der Lokalbeiträge. Wahl eines Delegierten, zur Bezirkskonferenz lautete die Tagesordnung zu der Mitgliederversammlung am 12. September. Der Vorsitzende L. Man, welcher als Delegierter den Verbandstagen in Elberfeld beigewohnt hatte, schilderte in längerer Ausführungen die Tagung, sowie die gefassten Beschlüsse. Die anschließende Diskussion erbrachte als Resultat, daß ab 1. November ein Lokalbeitrag von 5 Pfg. pro Woche erhoben wird. Die Befürchtung, durch diesen Beschluß Mitglieder zu verlieren, wurde ganz in den Hintergrund gestellt, in der Auffassung, daß, wo keine Opferwilligkeit herrsche, auch keine Solidarität sein kann. Die Wahl des Delegierten zur Konferenz fiel auf den Kollegen Chr. Henfels. Einige ermunternde Worte zur Agitation schlossen den gewerkschaftlichen Teil und der gemütliche wurde eröffnet. Hierbei leisteten die neuen Verbands-Niederbücher gute Dienste.

W.-Glabach-Lürrip. Wenn im Herbst die Blätter fallen, dann beginnt im allgemeinen wieder ein regerer Versammlungsbesuch. Dieser traf das für unsere Versammlung am 19. Oktober nicht zu. Nachdem der Vorsitzende, Jakob Wimers, die Versammlung eröffnet hatte, gab er den Anwesenden Kenntnis von dem Ableben des Kollegen Wilh. Wäßen. Das Andenken des Verstorbenen wurde durch Erheben von dem Sizen geehrt. Dann nahm Kollege Lenßen das Wort zur Berichterstattung über die Verbandsgeneralversammlung. In einstündigem Vortrage legte er uns die beschlossenen Veränderungen und Neuerungen auseinander und bewies den Anwesenden, daß die diesjährige Verbandsgeneralversammlung sich würdig ihren Vorgängerinnen anschließen kann. In der Diskussion wurden noch einige mißverständliche Äußerungen des Referenten klargestellt und zum Schusse folgende Resolution einstimmig angenommen.

„Die am 19. Oktober im Lokale von Heinrich Pauen tagende Versammlung nimmt Kenntnis von den Beschlüssen der Verbandsgeneralversammlung und ersieht hieraus, daß die Delegierten das gewerkschaftliche Prinzip, Hebung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters, mehr in den Vordergrund geschoben und das Unterstützungssystem technisch so ausgebaut haben, wie es notwendig geworden war. Die Versammelten sprechen den Delegierten und Mitarbeitern der Verbandsgeneralversammlung den Dank für die geleisteten Arbeiten aus und versprechen, mit aller Kraft für Stärkung und Ausbreitung unserer Organisation einzutreten.“

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, Wahl von zwei Delegierten zur Bezirkskonferenz, wurden einstimmig gewählt Gerhard Supper und Jakob Wimers. Zum Schluß wurde noch einstimmig genehmigt, daß in Zukunft allmonatlich eine Versammlung stattfinden solle. Den Kollegen und Kolleginnen wurde es aber zur Ehrenpflicht gemacht, sämtliche Versammlungen zu besuchen, damit wir hierin den andern ein Vorbild sein können.

Jöllnbeck. Einen guten Besuch wies unsere Mitglieder-versammlung vom 17. Oktober auf. Kollege Gehring gab einen recht verständlichen Bericht von der Verbandsgeneralversammlung in Elberfeld. Redner erläuterte eingehend sämtliche Veränderungen im Unterstützungswesen, besonders wurde besprochen, daß die Generalversammlung beschlossen habe, daß ab 1. Januar 1913 ein Lokalaufschlag von 5 Pfg. pro Woche zu erheben sei. Die Durchführung dieses Beschlusses wird ja für uns weiter keine Schwierigkeit bringen, da wir bereits im Juni dieses Jahres beschlossen haben, einen Lokalaufschlag von 5 Pfg. zu erheben. Sämtliche Anwesenden erklärten sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden. Sodann wurden noch alle Kollegen und Kolleginnen aufgefordert, in der nun beginnenden Herbst- und Winter-Agitation nach besten Kräften mitzuarbeiten, damit wir bald von allen uns noch fernstehenden Arbeitern und Arbeiterinnen, soweit sie in unsern Reihen würdig sind, sagen können, sie sind unser. In der Diskussion sprachen noch verschiedene Kollegen im Sinne der gefassten Beschlüsse. Besonders wurde die neu eingeführte Militärunterstützung für unsere Bewegung begrüßt. Sodann wurden noch eine ganze Anzahl der von der Zentrale neu eingeführten Niederbücher verkauft. Bevor die Versammlung geschlossen, wurden sämtliche Anwesende nochmals ermahnt, im kommenden Winter die Hände nicht müßig in den Schoß zu legen, sondern die heute Abend zahlreich gegebenen Hinweise hinsichtlich der Agitation in die Tat umzusetzen, dann würde auch für unsere Ortsgruppe der Erfolg nicht ausbleiben.

Krefeld. Der Abrechnung des dritten Quartals, die auf unserer Versammlung am 27. Oktober bekanntgegeben wurde ist zu entnehmen, daß die Einnahmen auf 4622,35 M. gestiegen sind. Die Mitgliederzahl hat sich infolge der Einführung der Lokalbeiträge um 28 verringert. Wenn auch jeder Verlust an Mitgliedern schmerzhaft ist, so muß doch

gesagt werden, daß bei jeder Beitragserhöhung saure Blätter abfallen.

Daß die Ausgetretenen sich nur selbst schädigen, kann an verschiedenen Beispielen gezeigt werden; z. B. trat ein Kollege aus, der gleich nachher mehrere Wochen krank wurde und dann verstarb. Dem Kollegen standen als Mitglied die Woche 3,90 M. an Krankengeld und 75,00 M. an Sterbegeld zu. Die Ortskasse vereinnahmte 1893,88 M. An Unterzählungen wurden 825,25 M. verausgabt.

Den Bericht über die Verbandsgeneralversammlung erstatteten die Kollegen Marquardt und Esser. Im Anschlusse an den Bericht fand eine Diskussion über Agitation statt. Die Agitationskommission wurde neu gewählt. Der Vorsitzende machte sodann noch auf das neue Verbandsliederbuch aufmerksam, des weitern sei auch das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften, sowie das Protokoll des internationalen christlichen Textilarbeiterkongresses in Wien erschienen. Weiter machte er bekannt, daß unsere Ortsgruppe am 24. November im Lokale „Driesenhof“ einen Bildungs- und Unterhaltungsabend veranstalten werde. Zum Schluß berichtete Kollege Marquardt noch kurz über die bevorstehende Färbereibewegung.

Ravensburg (Württemberg). Eine große Kartellversammlung fand hier am 18. Okt. statt. Der Kartellvorsitzende Bauy begrüßte die Anwesenden, besonders die Vertreter der konfessionellen Vereine, sowie der Lokalpresse und die Redner. Er wies auf das Interesse hin, das man in allen Kreisen dem Gewerkschaftsstreit entgegengebracht habe, weshalb auch dem achten Gewerkschaftskongress, der in Dresden abgehalten wurde, mit Spannung entgegengeesehen wurde. Zwar habe bereits der „Oberschwäbische Anzeiger“ in trefflicher Weise über den glänzenden Verlauf des Kongresses berichtet. Trotzdem sei es aber notwendig, daß auch ein Kongreßteilnehmer über die Eindrücke, die er erhalten habe, berichte. Gesamtverbandssekretär Erising-Karlsruhe besprach in über einstündigem Vortrage den christlichen Gewerkschaftskongress in Dresden. Er wies darauf hin, daß noch keinem Kongress eine solche Bedeutung beigegeben wurde, weil einerseits zum Gewerkschaftsstreit Stellung genommen werden sollte und er andererseits in einem Lande abgehalten wurde, das zu 95 Prozent evangelisch ist. Die Sozialdemokratie versucht ja bekanntlich den christlichen Gewerkschaften den Stempel des einseitigen Konfessionalismus aufzudrücken, um die ganze Bewegung zu einer einseitigen Minderheitsbewegung herunterzudrücken, die ihr nie gefährlich werden würde. Die Tagung in Dresden hat es laut und deutlich gesagt, daß die christlichen Gewerkschaften ihre Mitglieder in allen Kreisen der Arbeiterschaft suchen ohne Rücksicht auf konfessionelle und politische Anschauungen, und daß sie auch danach handeln. Große Beachtung habe der Kongress in allen Kreisen gefunden. Haben doch Vertreter der Reichs- wie der sächsischen Regierung, der Bischof von Sachsen und ein Vertreter der evangelischen Landeskirche den Verhandlungen offiziell beigewohnt. Auch sei noch kein Kongress von den großen politischen Tageszeitungen in objektiver Weise so gemüßigt worden, wie der Kongress in Dresden. Aufgabe der Kongresse sei es, einen Rückblick zu halten über das, was in den letzten drei Jahren gearbeitet wurde; weiter solle zu aktuellen und prinzipiellen Tagesfragen Stellung genommen werden. Redner wies darauf hin, daß die Mitgliederzahl von 280 000 auf 350 000 gestiegen sei, also um 90 000 zugenommen habe, und daß die Einnahmen von 4,3 Millionen auf 6,2 Millionen gestiegen sind, das Vermögen ist von 4 1/2 Millionen auf über 7 Millionen gestiegen. Wenn auch schöne Resultate erreicht wurden, vollauf befriedigen sie nicht. Kämpfe sind an die Gewerkschaften herangetreten, die von den Gegnern benützt wurden, um die christliche Gewerkschaftsbewegung unmöglich zu machen, so die Reichsfinanzreform, die Reichsversicherungsordnung, der Bergarbeiterstreik und der Gewerkschaftsstreik. Alle diese Kämpfe sind gut überstanden und erfolgreich ausgedacht worden, und einen guten Schritt ist die christliche Gewerkschaftsbewegung vorwärts gegangen, trotzdem sie nicht mit den demagogischen Mitteln der Sozialdemokratie arbeiten kann, da sie christliche und moralische Verpflichtungen hat, die sich an den Verstand des Arbeiters wenden und nicht den Instinkten des Klassenhasses schmeicheln. Weiter konnte festgestellt werden, daß der innere Ausbau vorangeschritten ist.

Zu der Besprechung der einzelnen Beratungsgegenstände übergehend, wies Redner darauf hin, daß der Kongress den 500 000 Staatsangestellten und -Arbeitern gegenüber den Standpunkt vertrete, es gehöre jeder Staatsangestellte und jeder Staatsarbeiter in eine Gewerkschaftsorganisation, wenn auch diesen Arbeitern und Angestellten das Streikrecht nicht zugestanden werden könne. Weiter kamen die Aufgaben der Orts- und Bezirkskartelle zur Besprechung. Der Kongress verlangte die Reform des Arbeitsrechtes, den Ausbau des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenfürsorge, die Regelung des gewerblichen Schiedsgerichts- und Einigungswesens durch Schaffung eines Reichseinigungsamtes. Diese Tatsachen beweisen, daß in Dresden praktische Arbeit geleistet wurde im Gegensatz zu sozialdemokratischen Kongressen, wo recht wenig praktische Arbeit, umso mehr aber Phrasen und Zankereien sich die Genossen geleistet haben. Es werde allerdings der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Vorwurf gemacht, daß sie in den letzten Jahren nach rechts abgeschwenkt sei. Das ist nicht der Fall, wenn die Scheidelinien kräftiger hervorgetreten sind, so habe dies seinen Grund darin, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung auf der schiefen Ebene nach links weitergekommen sei und die freien Gewerkschaften die politische Linksbewegung mitgemacht haben. Zum Schluß forderte er zu zielbewußter Werbearbeit auf und erntete reichen Beifall.

Nach kurzer Pause behandelte Redakteur Bergmann Köln die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den Kämpfen der Gegenwart. Dabei führte er einleitend aus, daß sich dem Arbeiterhand bei seinem Streben nach Anerkennung der Gleichberechtigung manche Hemmnisse entgegenstellen und er mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, allein, auch die Arbeiterschaft anderer Industriefländer hatte mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen, bis sie zur Geltung kommen konnte. Vor allem stellte sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung entgegen die Sozialdemokratie, die mit ihren Friedensdemonstrationen voriges Jahr dem Vaterlande den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen habe, die im Effekt nichts anderes waren, als dem Auslande zu zeigen, wie uneinig Deutschland in seinem Innern ist. Und auch jetzt in dieser kritischen Zeit vollzieht sich das gleiche Manöver, von dem das Vaterland nur den größten Schaden hat. Auch wir sind Freunde des Friedens, aber unsere Friedensliebe macht sich nicht in einer Weise geltend, die unserm deutschen Vaterlande seine Lage erschwert. In der Markoffrage haben die christlichen Gewerkschaften ihre Stimme erhoben und gezeigt, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft nicht der politischen Sozialdemokratie nachläuft. In einem weiteren Referate wurde Stellung genommen zu den neuen Lehren der Wirtschaftsbewegung. Dagegen erklärte

der Kongress, daß die christlichen Gewerkschaften selbständige Organisationen sind, die nicht von Theorien abhängig sind, sondern praktische Arbeit leisten wollen. Was das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften betreffe, so sei die Spannung noch nie zuvor so groß gewesen. Wenn es wahr wäre, daß die Sozialdemokratie die einzig richtige Arbeiterpartei wäre, dann hätte sie nie die christliche Arbeiterbewegung bekämpfen sollen, weil dieselbe die Hebung des Arbeiterstandes in wirtschaftlicher Beziehung bezweckt. Gewiß könnte eine einheitliche Bewegung größere Erfolge erzielen, allein wir sind uns klar, daß die freie Gewerkschaftsbewegung immer mehr mit antireligiösen und antinationalen Bestrebungen verquitt wird. Das Königreich Sachsen hatte in letzter Zeit zwei Kongresse, den der Sozialdemokratie in Chemnitz, wo Jubel herrschte über die große Stimmenzahl der Sozialdemokratie, und den achten Gewerkschaftskongress, wo gezeigt wurde, daß die deutsche Arbeiterchaft doch nicht vollständig der Sozialdemokratie nachläßt, sondern daß die christliche Arbeiterchaft auf dem Boden der christlichen Weltanschauung steht. Die große Stimmenzahl der Sozialdemokratie muß in der Weise zu denken geben, daß so viele Staatsbürger vorhanden sind, die so wenig denken und Nachläufer der Sozialdemokratie sind. Weiter wies Redner auf die Monopolbestrebungen der Sozialdemokratie hin und warnte die christlichen Arbeiter, diesen Vorgängen teilnahmslos gegenüberzutreten, besonders empfahl er den konfessionellen Vereinen, dafür zu sorgen, daß ihre Mitglieder nicht den freien Gewerkschaften beitreten und so die gegnerischen Reihen stärken. Weiter kam Redner auf die behauerliche Sonderstellung der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), die für dieselbe äußerst verhängnisvoll werden könne, wenn die Quertreibereien der Berliner Richtung nicht aufhören. Durch den Gewerkschaftskongress ist für die christlichen Gewerkschaften die Sache erledigt.

Redner kam nun auf die Unterschiede zwischen den Fachabteilungen und den Gewerkschaften zu sprechen, welche erstere alle wirtschaftliche Betätigung durch konfessionelle Organisationen erstreben und den Streit als unerlaubt bezeichnen, während letztere die Behandlung der wirtschaftlichen Fragen durch interkonfessionelle Organisationen durchführen und den Streit als erlaubtes Mittel erklären. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es leicht durchführbar ist, daß Arbeiter beider Konfessionen zusammenleben und arbeiten können, ohne im geringsten ihre religiöse Überzeugung preiszugeben. Es sei erfreulich gewesen, daß Bischof Schäfer von Dresden selbst die Tatsache konstatierte, daß das Zusammenarbeiten der Arbeiter beider Konfessionen in christlichen Gewerkschaften nicht die geringste Ursache zum Einschreiten gegeben habe, durch diese Äußerung wurde Klarheit geschaffen, denn gewiß hat Bischof Schäfer diese Erklärung gegeben in dem Bewußtsein, daß sein Verhalten von höchster Stelle gebilligt wird. Ob von dieser Stelle noch eine Äußerung kommt, ist nicht bekannt, Zeitungs- nachrichten sind vorläufig auszunehmen. Das eine wurde konstatiert von Generalsekretär Stegerwald, daß deutsche Bischöfe, welche früher mit der Berliner Richtung sympathisierten, jetzt die christlichen Gewerkschaften unterstützen, und daß in den Kreisen der Fachabteilungen ein Rückgang hinsichtlich der Einnahmen trotz Beitragssteigerung zu verzeichnen ist. Der Redner wies darauf hin, daß ein evangelischer Delegierter namens der evangelischen Mitglieder volles Vertrauen und Waffenbrüderschaft den katholischen Mitgliedern ausgesprochen habe, was durch den Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes erwidert wurde. Weiter sprach er die Hoffnung aus, daß die Berliner Richtung Ruhe gebe, weil durch die Quertreibereien große moralische Werte im tagelichen Leben vernichtet werden, was nur der Gesamtheit schaden werde. Als schlimmsten Feind bezeichnete der Referent den Individualismus in den eigenen Reihen, denn von den sechs Millionen nicht organisierten Arbeitern gehören die meisten in unsere Reihen. Wenn nur alle konfessionellen Vereinen angehörenden Mitglieder sich den christlichen Gewerkschaften anschließen, würden dieselben eine Macht bilden gegenüber welcher die Sozialdemokratie nicht mehr in der Lage wäre, Monopolverträge abzuschließen. Zum Schluß ging Redner auf eine Reihe von Vorwürfen ein, die erhoben werden und setzte sie in die gebührende Beleuchtung, forderte zur praktischen Mitarbeit auf und sprach den hiesigen Vorstand und Vertrauensmännern Anerkennung für ihre Verdienste aus. Der Vorsitzende schloß unter Dankworten an beide Redner die Versammlung.

Schwelm. Die Verhältnisse bei der Firma Hinneberg, veranlassen uns, unser Verbandsorgan auch einmal in Anspruch zu nehmen. Genannte Firma fertigt als Spezialität hauptsächlich Schreibmaschinenband an und hat die Produktion entsprechend geregelt. Die Arbeiter haben Stühle von 110 bis 120 Säugern zu bedienen und dabei machen die Stühle 160 bis 180 Touren in der Minute, jedoch die Arbeiter alle Hände voll zu tun und sehr genau aufpassen haben. Es sind durchweg nur äußerst tüchtige Arbeiter bei der Firma beschäftigt, die eine Ehre darin suchen, möglichst fehlerfreie Ware zu liefern. Das hindert aber den seit etwa einem Jahre bei der Firma beschäftigten Padmeißter Ludwig nicht, in der Ware möglichst viele Fehler zu entdecken, was gar keine Fehler sind, oder ohne Verzicht auf die Arbeiter entstehen. So scheidet der Padmeißter alle Stellen aus, wo der Einschlag nicht gleichmäßig ist und trägt diese Stellen dann zum Firmeninhaber. Letzterer verlangt nun von den Bandwirtern die Vermeidung solcher Stellen. Einige Arbeiter gingen zum Kantor und suchten dem Herrn Hinneberg klar zu machen, daß solche Fehler nicht von den Bandwirtern verschuldet werden und auch nicht verhindert werden könnten, so lange das Schußgarn nicht gleichmäßig sei. Das mußte auch dem Herrn Hinneberg einleuchten, verhinderte aber nicht, daß der Herr den Arbeitern bedeutete, sie möchten machen, daß sie herauskämen, er ließe sich von ihnen nichts vormachen. Es erfolgte dann auch noch ein Einschlag im Betrieb, wodurch die Arbeiter mit sofortiger Entlassung bedroht werden, wenn sie die Spulen nicht ganz abwickeln. Zweck wird also verlangt, diese Einschlagstellen sollen aus dem Bande herausgehoben werden, werden aber die Arbeiter dabei angetroffen, solche Stellen von den Spulen abzuwickeln, dann droht ihnen die sofortige Entlassung. Wenn die Firma und besonders der Padmeißter ein solches Vorgehen für gut halten, wollen wir an dieser Stelle einmal den Herrn Gewerkschaftsvorstand und die Polizeibehörde darauf aufmerksam machen, daß der Padmeißter die ihm unterstellten Mädchen über die zulässige Arbeitszeit hinaus beschäftigt. So wurden die Mädchen im vergangenen Sommer mindestens 1/2 Jahr lang von morgens 6 bis abends 7 Uhr beschäftigt, was wir glauben nicht, daß die Firma hierzu die nötige Erlaubnis hatte. Um aber die Verhältnisse hier besser zu gestalten, ist der Ausschluß der Arbeiter an unseren Verband dringend geboten. In letzter Zeit haben ja auch immer mehr Bandwirter ihren Beitritt erklärt, es ist aber notwendig, daß alle Arbeiter und

besonders auch die Arbeiterinnen beitreten. Die Firma gehört ja auch schon seit einigen Jahren dem Arbeitgeberverbande an, und das sollte den Arbeitern genug besagen.

Briefkasten.

Wegen Stoffandranges mußten mehrere Berichte für die nächste Nummer zurückbleiben. Nach Essen. Wie du aus dieser Nummer siehst, haben wir deine Zuschrift mit in eine Notiz hineingearbeitet, die bereits halb geschrieben war, als deine Zuschrift einlief. Vielen Dank und Gruß. P. Sp., Forst. Deine Berichte erscheinen alle in der nächsten Nummer. — Von der bekannten Angelegenheit habe ich im Protokollbuch nichts gefunden.

Versammlungskalender.

- Bocholt, Bezirk West. 10. November, 11 1/2 Uhr, bei Gebbing (kleiner Saal).
- Bezirk Ost. 14. November, 1/9 Uhr, im Lokale der „Flora“.
- Bezirk Süd. 17. November, 11 1/2 Uhr, im Lokale des Arbeitervereins St. Joseph.
- Forst (Saulitz). 12. November, 8 1/4 Uhr, bei Graßmann, Gerberstraße.
- Gera. 12. November, 8 Uhr, im Lokale Jägerhof, Schülerstr.
- M.-Glabach-Flumental. 17. November, 6 Uhr, bei Peter Hermes, Waldhaufenerstr.
- M.-Glabach-Eichen. 16. November, 8 1/4 Uhr, bei Severin Reumers, Eichenstr.
- Greifarth. 10. November, 10 Uhr, bei Ww. Hammes Vorstand- und Fördererversammlung.
- Greiz (Zentrale Lubachta). 9. November, 1/9 Uhr, im Gasthof „Zum Erbrings“.
- Greiz. 24. November, 1/4 Uhr, bei Karl Gräßer, hohe Gasse.
- Sermges-Dahl. 14. November, 1/9 Uhr, bei Wwe. Johann Bagels, wichtige Versammlung.
- Söfen. 24. November, 5 Uhr, bei Schmidem, wichtige Versammlung.
- Kohlscheid. 10. November, direkt nach dem Hochamte, bei Peter Gilleßen.
- Lauterbach-Zell. 17. November, 8 1/2 Uhr, bei Jakob Erny, ordentliche Generalversammlung.
- Leuth bei Kaldentirchen. 17. November, 5 1/2 Uhr, bei Joseph Dürcks.
- Neerßen. 10. November, 6 Uhr, bei Franz Köppen Generalversammlung.
- Odentkirchen. 17. November, 6 Uhr, im „Deutschen Eck“.
- Schaag. 17. November, 10 1/2 Uhr, bei Johann Peters Generalversammlung.
- Schießbahn. 20. November (Fuß- und Betttag), 7 Uhr, bei Wilhelm Hohnen.
- Wegberg. 17. November, 1/6 Uhr, bei Brunen (Wegberger Hof).
- Würfelzen. 10. November, 10 Uhr, bei Schümmer, a. d. Kirche.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
 Peter Joseph Müllender in Aachen.
 Jakob Golden in M.-Glabach.
 Wilhelm Ungerecht in Viersen.
 Heinrich Dütz in Eupen.
 Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Der Geschäftsbericht des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (in Buchform, 250 Seiten stark) ist durch die Geschäftsstelle in Düsseldorf, Kavaleriesstr. 22, zu beziehen.

Preis nur 30 Pfg.

Der Geschäftsbericht enthält volkswirtschaftliches Material, wichtige Angaben über textilindustrielle Verhältnisse, Zusammenstellungen und Berichte über die Entwicklung des Verbandes (speziell in den letzten zwei Jahren), Mitgliederbewegung, Finanzgebarung, ein reichhaltiges Tabellenwerk über das Unterhaltungsweesen, die Geschäftsberichte der Beamten, die Anträge zur Elberfelder Generalversammlung u.

Der Geschäftsbericht enthält zahlreiche praktische Hinweise für die Agitationsarbeit, er gibt ein klares Bild über die Lage des Verbandes.

Er ist unentbehrlich für alle Vorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen, von größter Wichtigkeit für alle Mitarbeiter und Mitglieder.

Das Protokoll der IV. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (22. bis 25. Sept. 1912 zu Elberfeld) erscheint (180 bis 200 Seiten stark) am 20. November cr.

Preis 30 Pfg.

Da in der „Textilarbeiter-Zeitung“ nur ein kurzer Auszug über die Verhandlungen veröffentlicht werden konnte, ist der neuographische Bericht von größter Bedeutung. An die Ortsgruppenleitungen richten wir den dringenden Appell, das Protokoll (ebenso auch den Geschäftsbericht) einem möglichst großen Mitgliederkreis zugänglich zu machen.

Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die Geschäftsstelle des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Düsseldorf, Kavaleriesstraße 22.

Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1913. Wer sich über das geistige Leben und Streben innerhalb der christlichen Gewerkschaften unterrichten will, muß neben ihren Kongressen und sonstigen Tagungen vor allem ihre literarischen Erzeugnisse näher verfolgen. Unter letzteren nimmt das regelmäßig erscheinende Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften eine hervorragende Stellung ein. Es gibt alljährlich einen Ueberblick über die Entwicklung und den Stand der Bewegung, nimmt zu den aktuellsten Fragen des Gewerkschaftslebens Stellung und sucht bilden und erzieherisch auf die Mitglieder einzuwirken. Infolge seines gediegeneren und reichhaltigen Inhalts hat es sich von Jahr zu Jahr größerer Beliebtheit und Verbreitung zu erfreuen. Aus dem Inhalt des soeben erschienenen Jahrbuchs für 1913 (Christlicher Gewerkschaftsverlag, Köln, Eintrachtstraße 147. Für Mitglieder 0,50 M., im Buchhandel 1 M.) seien folgende Abhandlungen hervorgehoben: Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911. Vom Wesen und Werden der christlichen Gewerkschaften. Kulturelle Werte christlicher Gewerkschaftsarbeit; Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Arbeiter- und Jugendvereinen; Die Gelben; Soziale Wachen und Arbeiterbewegung; Das studentische Arbeiter-Unterrichtswesen usw. Außerdem enthält das geschmackvoll ausgestattete Bändchen neben Kalendarium und Notizkalender eine Reihe weiterer Artikel und Notizen sozialen und volkswirtschaftlichen Inhalts sowie einen historisch wertvollen Gesichtskalender der christlichen Gewerkschaften.

Die sozialdemokratische Frauenbewegung in Deutschland. Unter diesem Titel hat Kollege F. Zook, Redakteur an der „Westf. Arbztg.“, ein recht interessantes Buch herausgegeben. Es schildert rein referierend und in durchaus objektiver Weise im ersten Kapitel die Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenbewegung aus ihren ersten Anfängen heraus, die ihrer Entwicklung entgegenstehenden vereinsgesellschaftlichen Schwierigkeiten, wie auch die Stellung von Partei und Gewerkschaften zur Frauenfrage. Das zweite Kapitel gibt einen Ueberblick über die Verhandlungen und Beschlüsse der Frauenkonferenzen von 1900 bis zu der 1908 erfolgten organisatorischen Eingliederung der Frauenbewegung in die sozialdemokratische Parteiorganisation. Dieser Ueberblick orientiert ausgezeichnet über das innere Wesen und die weitere Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenbewegung. In einem weiteren Kapitel finden wir die neueren Organisationsformen dieser Bewegung, sowie ihre Agitationsmethoden und Bildungsbestrebungen und in dem folgenden die Stellung der sozialdemokratischen zur bürgerlichen Frauenbewegung dargestellt. Wichtig ist vor allem auch das letzte Kapitel über die programmatistische Stellung der sozialdemokratischen Frauenbewegung zu Religion, Kirche und Schule, sowie zu Ehe und Familie. Den Schluß bildet ein Anhang über die zahlenmäßige Stärke der sozialdemokratischen Frauenbewegung unter Berücksichtigung nicht nur der politisch, sondern auch der gewerkschaftlich organisierten Frauen. Jedem, der sich über die sozialdemokratische Frauenbewegung, über deren Wesen und Ziele orientieren will, ist die Anschaffung dieses Buches zu empfehlen. Vor allem aber sollte es in allen unseren Ortsgruppenbibliotheken eine Heimstätte finden. Das Buch ist zum Preise von 1 M. vom Volksvereinsverlag in M.-Glabach zu beziehen.

Inhaltsverzeichnis.

Sei fest! — Artikel: Zur Aenderung der Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes. — Der Verband deutscher Krankenkassen. — Die Fleischsteuerung vor dem Parlamente. — Unterrichtskurse für die Kolleginnen- und Arbeiterinnenkommissionen. — Die Kartelle der deutschen Seidenwebereindustrie. — Genilleton: Der soziale Gedanke in Gedichten. — Allgemeine Rundschau: Ausschussführung des Gesamtverbandes. — Ein schöner Mißbrauch des Gastrechts. — Arbeitshäuser als Lohndrücker in der Textilindustrie. — Tisch-Dummesche Unduldsamkeit. — Wiedereintritt in die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung — noch in diesem Jahre! — Das wahre Gesicht. — Der Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter. — Ein Streiftrecherer vor Gericht. — Die „Neutralität“ des Arbeiterradfahrerbundes „Solidarität“. — Aus unserer Industrie: Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie. — Amerikanische Baumwollernte 1912. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Gera. — M.-Glabach. — Lüttringhausen. — Zittau. — Aus unseren Bezirken: Ordentliche Bezirkskonferenz des Bezirkes Baden. — Berichte aus den Ortsgruppen: Dingelstädt. — M.-Glabach-Lürrip. — Söllensbeck. — Kresfeld. — Ravensburg (Württemberg). — Schwelm. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.

Mitglieder, agitiert für den Verband!